

Das Magazin des Deutschen Studentenwerks

DSW JOURNAL



BILDUNG WÄHLEN!

Was die jungen Politikerinnen und Politiker von ihren Parteien erwarten - ein Streitgespräch → Seite 10

ANERKENNUNG VON ABSCHLÜSSEN
Her mit Bologna für Erwachsene! → 18

BERNHARD EITEL im Porträt:
Unimanager mit Lebensart → 28

JÜRGEN KAUBE
Sollen Hochschulen erziehen? → 32

Weniger ist leer.



Es gibt so viele, die hoffen auf mehr, um überleben zu können. Ihre Unterstützung hilft uns, den Hunger zu bekämpfen.

Spendenkonto 500 500 500
KD-Bank • BLZ 1006 1006
www.brot-fuer-die-welt.de

Mitglied der
actalliance

Brot
für die Welt

BROT FÜR DIE WELT - Postfach 40164 - 10061 Berlin - www.brot-fuer-die-welt.de
Gedruckt auf Recyclingpapier - Konzeption und Design: GUTTEBOTSCHAFTER.DE

Koalitionen

Mehr Kooperation – das stünde der »Bildungsrepublik Deutschland« sicher gut an. Doch wie genau die Zuständigkeiten von Bund und Ländern in der Bildungspolitik neu geordnet werden müssen, da scheiden sich die Geister.

Einig sind sich dagegen die Bildungspolitikerinnen und -politiker von morgen bei der Studienfinanzierung: »Das BAföG muss erhöht werden!« Wir fragten die Sprecherinnen und Sprecher der Jugendorganisationen der Bundestagsparteien nach ihrer Meinung: Was sind die wichtigsten bildungspolitischen Aufgaben in der nächsten Legislaturperiode? Wir wollten wissen, worin sie sich voneinander unterscheiden, wo sie programmatisch konträr zu ihren Mutterparteien stehen und was diese aus ihrer Sicht besser machen könnten. Lesen Sie selbst, welche Koalitionen möglich wären, hätten die jungen Politikerinnen und Politiker das Sagen _Seite 10

Eine Blue Card von der Hochschule: Der Fachkräftemangel sei nur durch internationale Fachkräfte zu beheben, so hört man es von der Politik. Dabei sind viele »Mobile« schon lange hier und deren Realität ist ernüchternd: Hochqualifizierte Zuwanderer finden viel zu selten angemessene Beschäftigungen – trotz Anerkennungsgesetz. Wir brauchen ein »Bologna für Erwachsene«, findet unser Autor Armin Himmelrath. Und diese Erkenntnis hält langsam auch in die Hochschulen Einzug _Seite 18

Bernhard Eitel ist ein erfolgreicher Hochschulmanager, der als Badener dem Genuss nicht abgeneigt ist. Den zu Beginn seiner Amtszeit errungenen Titel

»Exzellenzinitiative« konnte er der Universität Heidelberg in der Folgephase sichern. Nun plagt ihn die Sorge um die Finanzierung auf so hohem Niveau. Ein Grund, sich im Hochschulclub U15 für eine bessere Grundfinanzierung der großen deutschen Volluniversitäten einzusetzen. Der Rektor der Universität Heidelberg im Porträt von Frank van Bebber _Seite 28

Die deutschen Hochschulen konzentrieren sich auf die Vermittlung von Fachwissen und Methodik. Hochschulen in den USA oder in Asien dagegen nehmen zugleich auch einen Erziehungsauftrag wahr. Angesichts verkürzter Schulzeiten sieht FAZ-Autor Jürgen Kaube gute Gründe, den Erziehungsauftrag von Hochschulen auch für Deutschland zu überdenken. Am Beispiel des amerikanischen Colleges _Seite 32

Wechsel im DGB-Bundesvorstand: Die neue DGB-Vorstandsprecherin für Bildung, Elke Hannack, hält in »13 Fragen an...« von Christian Füller mehr Chancengerechtigkeit für unabdingbar. Nur so lasse sich erst die Lücke an Hochqualifizierten schließen, wenn die Hochschulen sich endlich für »Alle« öffnen _Seite 34



Eine spannende Lektüre mit dem DSW-Journal 2/2013 wünscht
Ihr

Achim Meyer auf der Heyde

Generalsekretär des Deutschen Studentenwerks
achim.meyeraufderheyde@studentenwerke.de

Fotos: Kay Herschelmann (Editorial); Titelsegung: Dominik Herrmann

Titel_Bildung wählen



Politik_Bologna für Erwachsene



Praxis_Kunst am Bau



Porträt_Bernhard Eitel



Heft 2
Juli 2013

■ CAMPUS

- 6_Kurznachrichten**
schnell, knapp & informativ
- 6_Zahlenwerk**
Eine Hochschule für Alle
- 9_Eine Frage ...**
»Welche Botschaft hat Ihre Fraktion für die 2,5 Millionen Studierenden in Deutschland?« Antworten von den Bildungsexperten der Bundestagsfraktionen



Kommentar DSW-Präsident Dieter Timmermann:
»Deutschlands Hochschulen gefährden ihre internationale Reputation und ihren gesellschaftlichen Auftrag« → 38

■ POLITIK

- 10_»In einem Punkt sind wir uns einig: Bafög erhöhen!«**
Interview mit den Parteijugendorganisationen.
Moderiert von Katja Irle
- 17_7 x DSW**
Bildungsforderungen des Deutschen Studentenwerks an die nächste Bundesregierung
- 18_Bologna für Erwachsene**
Trotz Anerkennungsgesetz und Fachkräftemangel macht es Deutschland hoch qualifizierten Zuwanderern schwer.
Von Armin Himmelrath

Foto: Kay Herschelmann; Illustrationen: Jan Rieckhoff, Dominik Herrmann

■ PRAXIS

- 22_Ein Kinderspiel**
Teamwork - Ein Besuch bei den Mitarbeitern der KiTa »CampusKids« und der flexiblen Kinderbetreuung »CampusKinderzimmer« des Studentenwerks Magdeburg
- 24_Alles so schön bunt hier**
Grau war gestern. Studentenwerke setzen beim Neubau von Studentenwohnheimen auf Farbe.
Von Jochen Paul

Fotos: Jens Weber/München, Lena Lux

■ PROFILE

- 28_Unimanager mit Lebensart**
Der Rektor der Universität Heidelberg, Bernhard Eitel, im Porträt.
Von Frank van Bebber

■ PERSPEKTIVE

- 32_Die dritte Funktion der Universität**
Sollen Hochschulen einen Erziehungsauftrag bekommen?
Von Jürgen Kaube

■ COMMUNITY

- 36_Aus den Studentenwerken**
- 37_DSW-Kurzporträt**
Florian Kaiser
- 37_Medien**
Nachgelesen und gesurft

■ STANDARDS

- 3_Editorial**
- 4_Inhalt**
- 34_13 Fragen an** Elke Hannack
- 37_Impressum**
- 38_Timmermann** »Ein Gedanke noch ...«

TAFELN

»studieren.forschen.wissen«



NEUES INTERNETPORTAL »Durchatmen trotz Heuschnupfen« – wie geht das? Auf dem neuen Multimedia-Portal »studieren.forschen.wissen« stellt das Fraunhofer-Institut für Toxikologie und Experimentelle Medizin (ITEM) mit seiner Pollenraumstudie mögliche Lösungen vor. Das Internetportal ist ein Projekt der Initiative Wissenschaft Hannover, in der sich verschiedene Institutionen engagieren. Es ist seit März 2013 online. Auf der interaktiven

blauen Oberfläche kann man sich durch das Leben an den hannoverschen Hochschulen, diverse Lehrinhalte und die neusten Forschungsergebnisse klicken. Zielgruppe sind vor allem Studierende und potenzielle Studienanfänger. Mit diesem multimedialen Auftritt möchte sich der Wissenschaftsstandort Hannover stärker profilieren. Auch das Studentenwerk Hannover ist dabei: Mit vielen Fotos und Links präsentiert es die »kulinarische Fakultät« – also seine Mensen und Cafeterien. *jaw*
 → <http://wissen.hannover.de>

Anti-Streber-Stipendien

DIVERSITÄT Hochbegabten-Förderung gibt es schon genug. Findet die Zeppelin Universität (ZU) in Friedrichshafen und vergibt erstmals so genannte Diversitätsstipendien. Mit diesen »Stipendien fürs Anderssein« möchte die ZU Personen fördern, die besondere Biografien haben, aber normalerweise nie ein Stipendium bekommen würden: Studien- oder Ausbildungsabbrecher, ehemalige Sitzbleiber, Menschen mit Behinderung oder chronischer Krankheit, Gründungspleitiers und viele mehr. Angesprochen sind solche, die Erfahrungen jenseits des

Du bist ein **Nerd?**
 Werde trotzdem Stipendiat.
deswegen

Erfolgs gemacht und diese reflektiert haben. Denn sie verfügen sehr wohl auch über besondere Fähigkeiten. »Diese Vielfalt, die viel zu oft an den Universitäten außen vor bleibt, wollen wir im eigenen Interesse reinholen zu uns«, erläutert Vizepräsident Tim Göbel die Beweggründe. Der Bewerbungsschluss für die kommenden beiden Semester ist der 15. Juli 2013. Die »klassischen Streber« sind laut der Website weiterhin an der ZU willkommen. *bk*
 → www.zu.de/diversitaet



Exzellently betreut

AUSZEICHNUNGEN Sie verstehen im Ausland meist nur »Bahnhof«? So geht es auch vielen ausländischen Studierenden, die für einen Studien- oder Praktikumsaufenthalt nach Deutschland kommen. Mit dem »Preis des Auswärtigen Amts für exzellente Betreuung ausländischer Studierender an deutschen Hochschulen« zeichnen das Auswärtige Amt und der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) deshalb jährlich Projekte oder Institutionen aus, die sich um die Beratung und Betreuung dieser Studierenden besonders verdient gemacht haben. In diesem Jahr ist der Preis erstmalig mit 20 000 Euro dotiert. 2009 und 2011 ging die Auszeichnung bereits an die Studentenwerke Schleswig-Holstein und Gießen.

Vorschläge mit einer aussagekräftigen Begründung erbittet der DAAD bis zum 16. August 2013. *bk*
 → www.daad.de/preise

ZAHLENWERK Eine Hochschule für Alle

2009 verabschiedete die Hochschulrektorenkonferenz die Empfehlung »Eine Hochschule für Alle«. 135 Hochschulen beteiligten sich nun an einer Bestandsaufnahme: An fast allen Hochschulen gibt es **Beauftragte** für die Studierenden mit Behinderung oder chronischer Krankheit. In knapp zwei Dritteln der Hochschulen werden sie in alle relevanten Entscheidungen einbezogen. Ihre Möglichkeiten sind jedoch begrenzt. Nur 15 Prozent der Beauftragten arbeiten hauptamtlich. Mehrheitlich sind sie sowohl personell (63 Prozent) als auch technisch (67 Prozent) unzureichend ausgestattet. 71 Prozent der Beauftragten haben kein eigenes Budget. Eine gesetzliche Regelung zu den Beauftragten gibt es bisher nur in acht Bundesländern. **Bauliche Barrierefreiheit** ist nicht nur ein Thema für Rollstuhlfahrer. Jede vierte Hochschule ist bereits für mobilitätsbeeinträchtigte Studierende barrierefrei zugänglich. Nicht einmal in Teilen barrierefrei sind 56 bzw. 50 Prozent der Hochschulen für seh- bzw. hörbefähigte Studierende. 60 Prozent der Hochschulen sagen, dass ihnen für mehr bauliche Barrierefreiheit die Mittel fehlen.

Ob **Information oder Kommunikation**, vieles läuft an Hochschulen heute online. 56 Prozent der Hochschulen verfügen über einen barrierefreien Internetauftritt. Formulare für elektronische Anmelde-, Zulassungs- und Rückmeldeverfahren sind an weniger als der Hälfte der Hochschulen barrierefrei ausgestaltet. Selbst die Rechercheangebote der Bibliotheken sind nur zu 53 Prozent barrierefrei zugänglich. **Nachteilsausgleiche** sind ein wichtiges Instrument, um gleiche Chancen zu sichern. In Prüfungen sind sie mittlerweile Standard und werden in 90 Prozent der Hochschulen angewandt. Es mangelt jedoch an Informations- und Fortbildungsangeboten für Lehrende zu **barrierefreier Hochschuldidaktik**. Bisher gibt es solche nur an zwölf Prozent der Hochschulen. Immerhin 38 Prozent der Hochschulen unterstützen ihre Lehrenden mit Leitfäden oder Handreichungen. Das Fazit der Hochschulrektorenkonferenz aus der Evaluation: Es bleibt noch einiges zu tun.
 → <http://tiny.cc/ukglxw>



Wohnheimförderung aus Übersee

MÄZENATENTUM Mit der Erfahrung von zwei Weltkriegen entschied sich der deutsch-amerikanische Pharmaunternehmer Max Kade 1944, den kulturellen und akademischen Austausch zwischen den USA und Deutschland zu fördern. Mit dem Hustensaft »Pertussin« machte er einst ein Vermögen – Die nach ihm benannte Max Kade-Foundation in New York ist heute einer der größten privaten Förderer von Studentenwohnheimen in Deutschland. Aktuell dürfen sich die Studentenwerke in Darmstadt, Frankfurt (Oder), Karlsruhe, Marburg, Thüringen und Köln über großzügige finanzielle Unterstützung aus Übersee freuen. Viele weitere Studentenwerke konnten seit Mitte der 1950er Jahre von Spenden profitieren. Diese »Max Kade-Häuser« finden sich in mehreren deutschen Universitätsstädten. *sg*
 → <http://maxkadefoundation.org>



FRÜHER – HEUTE: 9BAR

Von der Milchbar zum Caffè Royal

CAFETERIA Ja, die Gäste kommen noch – keine Sorge! Obwohl es vielleicht so aussieht, soll hier keinesfalls der Gegensatz »leer – voll« dargestellt werden, sondern der einer modernen Kaffeebar und einer etwas (Pardon!) tristen Milchbar. Das fast Unglaubliche: Beide Fotos wurden an ein und demselben Ort aufgenommen – das obere stammt aus den späten 1980er Jahren, das untere ist topaktuell. Im April 2013 hat das Studentenwerk OstNiedersachsen in den »historischen« Räumen seine neue Kaffeebar »9bar« eröffnet. Neu sind nicht nur die Möbel, das Lichtdesign und das Ambiente, sondern vor allem das Angebot: Es gibt zum Beispiel Caffè Royal mit Karamell, Leonardo mit weißer Schokolade und erfrischende Erdbeer-Shakes. Dazu süße und herzhaft Snacks. Von diesen Spezialitäten haben die Studierenden 1988 sicher nicht zu träumen gewagt! Der Name »9bar« ist übrigens technisch bedingt: Bei der Zubereitung von Espresso, Cappuccino und Co. wird das heiße Wasser mit einem Druck von neun Bar durch den sehr fein gemahlene Kaffee gepresst – so entsteht das besondere Aroma. *jaw*

→ www.stw-on.de

»Das positive Feedback der Studierenden motiviert mich!«

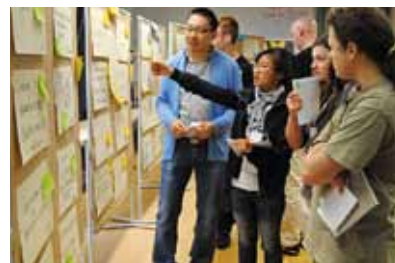
Thomas Paulig, Barista



Die neue »9bar«: 68 Sitz- und acht Stehplätze auf 160 Quadratmetern

Bundesweites Tutorentreffen

INTEGRATIONSHELFER Sie schaffen eine echte Willkommenskultur: Die 690 studentischen Tutorinnen und Tutoren in den Wohnheimen der Studentenwerke helfen ausländischen Studierenden, sich in Deutschland einzuleben. Um sich über die Tutorenarbeit auszutauschen, zu diskutieren und voneinander zu lernen, lud die Servicestelle Interkulturelle Kompetenz des DSW im Mai 2013 zum bundesweiten Treffen der Studentenwerkstutoren nach Bad Bevensen ein.



Die Tutoren Dagi, Bich Tien, Christina und Felix auf dem Marktplatz der Open Space-Anliegen

Studierenden, sich in Deutschland einzuleben. Um sich über die Tutorenarbeit auszutauschen, zu diskutieren und voneinander zu lernen, lud die Servicestelle Interkulturelle Kompetenz des DSW im Mai 2013 zum bundesweiten Treffen der Studentenwerkstutoren nach Bad Bevensen ein.

Wie funktioniert das Tutorenprogramm bei euch? Womit erreichen wir mehr internationale Studierende? Was tun bei geringem Budget? Nach ergebnisreichen drei Tagen blieb nur ein Anliegen offen: Wie lässt sich die Zeit bis zum nächsten Treffen verkürzen? *zi*

→ www.studentenwerke.de/main/default.asp?id=09203

Europäischer Kultur-Gipfel

EU-FÖRDERUNG Europas Studierende zusammen auf einem Campus? Nicht ganz, aber dank der EU-Förderung für das Kulturprojekt »European Citizen Campus« treffen sich 144 Studierende aus Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Portugal und Deutschland, um sich künstlerisch mit ihrer Identität als EU-Bürger auseinanderzusetzen. 2014 erproben sie sich in sechs »Laboratorien«, zum Beispiel mit Improvisationstheater und -tanz, Bildender Kunst oder Fotografie. 2015 sollen die Werke auf einer Konferenz in Brüssel vorgestellt werden. Das Projekt wird vom Deutschen Studentenwerk gemeinsam mit neun europäischen Partnerorganisationen auf die Beine gestellt. Von deutscher Seite sind neben dem DSW die Studentenwerke Freiburg und Karlsruhe sowie das Studierendenwerk Mainz beteiligt. *sg*

→ www.european-citizen-campus.eu



Fotos: Studentenwerk OstNiedersachsen, Ulrike Zillmer; Illustration: Dominik Herrmann



Beste Plakate gekürt

PREISVERLEIHUNG »Was isst du?«, war die Frage an die Teilnehmenden des 27. Plakatwettbewerbs. Bei der Preisverleihung am 9. September 2013 im Museum für Kommunikation Berlin werden die Gewinner präsentiert. Die Jury musste aus 535 Plakaten wählen – so viele wie noch nie – stellte sich aber gerne dieser Aufgabe: »Der Plakatwettbewerb fordert die Studierenden auf, sich nicht nur gestalterisch, sondern auch persönlich mit den Themen auseinanderzusetzen und dabei ihre eigene Haltung zu reflektieren. Dies ist eine Herausforderung, aber auch das Reizvolle am Wettbewerb«, so Jurymitglied und Kommunikationsdesigner Jan Lorenz. Die Studierenden sollten sich gestalterisch mit dem Konflikt auseinandersetzen, wie sie zwischen ihrem Wissen um nicht-fair produzierte Lebensmittel und ihrem schmalen Portemonnaie entscheiden. *bk*

→ www.studentenwerke.de/main/default.asp?id=05102

Fotos: Stefan Kaminski, Die Linke, Christiantheil.net, privat, CDU/CSU; Grafik: Jan Lorenz

Eine Frage ...

»Welche Botschaft hat Ihre Fraktion für die 2,5 Millionen Studierenden in Deutschland?«

Antworten von den Bildungsexperten der Bundestagsfraktionen



Kai Gehring MdB, Bündnis 90/Die Grünen

Wir wollen ein gutes Studium für alle, damit aus Studierenden erfolgreiche Absolvent/innen werden. Dafür braucht es nicht nur mehr Studienplätze, sondern auch sehr gute Lehre und Studienbedingungen, studentischen Wohnraum und Studienberatung sowie ein besseres und höheres BAföG.

Hierfür lohnt es sich, wenn Bund und Länder stärker an einem Strang ziehen.

→ www.kai-gehring.de



Nicole Gohlke MdB, Die Linke

Die Linke kämpft für eine sehr gute Grundfinanzierung der Hochschulen, mehr Lehrpersonal und einen offenen Zugang für alle, die studieren möchten. Für den Moment wünschen wir allen Studierenden, dass ihnen trotz fehlender Studienplätze, trotz eines viel zu niedrigen BAföGs und trotz fehlendem studentischen Wohnraum ein kritisches und selbstbestimmtes Studium möglich ist.

→ www.nicole-gohlke.de



Martin Neumann MdB, FDP

Noch nie wurde mehr Geld in Bildung und Forschung investiert. Der Bund stellt 2013 rund 40 Prozent mehr zur Verfügung als noch 2005. Wissen ist der entscheidende Rohstoff der Zukunft und exzellente Bildung ist der Schlüssel zu allgemeinem Wohlstand und persönlichem Glück.

Deshalb: Studieren lohnt sich!

→ www.martin-neumann.net



Ernst Dieter Rossmann MdB, SPD

Wir brauchen gute Hochschulen als Motoren für eine erfolgreiche Gesellschaft. Die Qualitätsverbesserung pro Studium und Lehre hat dabei die erste Priorität, mit einer Ausweitung des Hochschulpakts, mit mehr Unterstützung für den wissenschaftlichen Nachwuchs, mit einer Verbesserung der sozialen Lage der Studierenden: keine Studiengebühren, mehr BAföG, bessere Versorgung mit Wohnraum.

→ www.ernst-dieter-rossmann.de



Albert Rupprecht MdB, CDU/CSU

Wer sich für ein Studium qualifiziert, muss auch studieren können. Damit weiterhin genügend Plätze bereitstehen, haben wir den Hochschulpakt um 4,4 Milliarden Euro aufgestockt. Auch darf kein Studium am Geldbeutel scheitern. Deswegen werden wir den Kreis der Berechtigten beim BAföG weiter öffnen und Förderlücken (zum Beispiel zwischen Bachelor und Master) schließen.

→ www.albert-rupprecht.de



»In einem Punkt sind wir uns einig:
Bafög erhöhen!«

BUNDESTAGSWAHL Wie sieht die Zukunft der Bildungspolitik aus?
Vor der Wahl im September 2013 diskutieren Vertreter der Jugendorganisationen
über die Leitlinien ihrer Parteien. Und erklären, was sie besser machen würden.

DAS GESPRÄCH MODERIERT KATJA IRLE

→ **DSW-Journal:** Welche drei Maßnahmen würden Sie in der Hochschulpolitik sofort anstoßen, wenn Sie Bundestagsabgeordnete/r wären?

► **Sascha Vogt:** Die Finanzierung ist für mich die wichtigste Frage. Die SPD will 20 Milliarden Euro mehr pro Jahr für die Bildung ausgeben – finanziert über die Einführung einer Vermögenssteuer beziehungsweise einen höheren Spitzensteuersatz. Das hätte auch für mich erste Priorität. Zweitens das BAföG: Ich würde den Empfängerkreis ausweiten und die Bedarfssätze erhöhen. Drittens: Die Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Bildungsbereichen verbessern. Dafür bräuchten wir ein ganzes Maßnahmenbündel und den Blick darauf, dass es die klassische Bildungsbiografie nicht mehr gibt, sondern viele verschiedene Wege. Dafür brauchen wir an den Hochschulen aber auch eine bessere Beratungsstruktur.

Wie könnte die aussehen?

► **Vogt:** Damit meine ich sowohl klassische Hilfe bei der Studienplanung als auch den Ausbau der psychosozialen Beratung. Das würde gerade Studierenden helfen, die aus bildungsfernen Familien kommen. Hier sollten sowohl die Hochschulen selbst als auch die Studentenwerke vor Ort noch mehr tun als bisher. Der Bedarf ist sehr groß.

Was würden Sie neben dem BAföG noch verändern?

► **Parker:** Ich würde eine Milliarde zusätzlich in den Hochschulpakt stecken, damit mehr Geld in die Lehre und weitere Studienplätze fließt. Gegenfinanzieren ließe sich das unter anderem durch die Erbschaftssteuer und ein Abschmelzen beim Ehegattensplitting. Drittens wünsche ich mir, dass die Ökonomisierung der Bildung zurückgedrängt wird. Die Idee, dass man ein Studium nur aufnimmt, um möglichst schnell einen Beruf zu ergreifen und der Wirtschaft »nützlich« zu sein, finde ich verfehlt.

► **Lasse Becker:** Meine erste Priorität wäre, schon in den Jahren vor der Hochschulbildung für mehr Durchlässigkeit zu sorgen. Denn das schafft erst die Voraussetzung für

mehr Gerechtigkeit im Hochschul- und Wissenschaftssystem. Dann sollten die Hochschulen möglichst viel Autonomie haben – sowohl in Finanzierungsfragen als auch bei der Ausgestaltung von Studiengängen. Drittens: Ausbau beim BAföG und beim Stipendienwesen. Dabei brauchen wir sowohl eine Breiten- als auch eine Spitzenförderung.

Derzeit bekommen etwas mehr als drei Prozent aller Studierenden ein Stipendium. Wie hoch sollte der Anteil in Zukunft sein?

► **Becker:** Das müsste sich deutlich im zweistelligen Bereich bewegen.

Wie finanzieren Sie das?

► **Becker:** Wir müssen natürlich den Haushalt konsolidieren, aber Bildung hat für mich Vorrang – auch wenn wir JuLis diesen Bereich nicht ganz vom Sparen ausnehmen wollen. Finanzieren könnte man meine Prioritäten unter anderem durch Einsparungen bei den Sozialtransferleistungen, weil gute Bildung einen Teil dieser Leistungen überflüssig macht. Der Sozialhaushalt ist auf Bundesebene der größte Haushalt.

► **Vogt:** Das nervt mich total! Alle wollen mehr Geld für Bildung ausgeben und die FDP schwafelt allgemein von Umstrukturi-

erung des Haushalts oder Subventionsabbau. Ich möchte gern einmal einen ganz konkreten Sparvorschlag von Schwarz-Gelb haben!

► **Becker:** Lieber Sascha, wir haben es im Gegensatz zu Euch geschafft, diesen Bundeshaushalt strukturell auszugleichen! Ich schicke Dir gern ein 20-seitiges Papier mit konkreten Sparvorschlägen der Liberalen zu.

Zurück zur Ausgangsfrage: Welche hochschulpolitischen Maßnahmen hätten für Sie Priorität?

► **Katrin Albsteiger:** Meine erste Priorität wäre das BAföG, wo noch viel zu viel Bürokratie drinsteckt. Es darf nicht sein, dass Studierende monatelang auf ihr Geld warten müssen. Zusätzlich würde ich vorschlagen, dass die Hochschulen die Studienmaterialien kostenlos bereitstellen. Nicht jeder kann sich teure Bücher leisten – egal, ob digital oder klassisch. Außerdem würde ich mich für die Familien- und die Frauenförderung an den Universitäten und Fachhochschulen einsetzen.

Mit welchen Mitteln?

► **Albsteiger:** Wir brauchen ein Förderprogramm für den Kitausbau an den Hochschulen. Davon würden sowohl die Studierenden als auch die Hochschulbe-

schäftigten profitieren. Außerdem würde ich die Internationalisierung weiter vorantreiben. Die Hochschulen müssen sich noch mehr öffnen für internationale Studierende sowie Professoren und gleichzeitig mehr internationale Studiengänge anbieten.

► **Inga Groth:** Die Reform des BAföG hat auch bei mir oberste Priorität. Zweitens würde ich die Wohnsituation verbessern. Drittens brauchen wir ein deutschlandweit vergleichbares Zentralabitur für bestimmte Fächer. Ich finde es sehr ungerecht, dass beim Zugang zur Hochschule die Schul-Notengebung aus dem jeweiligen Bundesland eine so große Rolle spielt. Wenn man, wie ich, aus Mecklenburg-Vorpommern kommt und in Bayern studieren möchte, wird die Abiturnote gleich herabgestuft. Das darf nicht sein! Zudem würde ich, wenn ich noch eine vierte Maßnahme nennen darf, die Tutorien an den Hochschulen ausbauen, um eine bessere Betreuung der Studierenden zu erreichen. Viele brechen ihr Studium ab, weil sie zu wenig beraten und unterstützt werden.

► **Janis Ehling:** Erst einmal würde ich die Schuldenbremse abschaffen, denn sonst haben die Länder doch gar keinen finanziellen Spielraum, um in Bildung zu investieren. Dann würde ich die Elitenförderung – wie sie in der Exzellenzinitiative betrieben wird – sofort stoppen, einen Teil der Stipendienprogramme streichen und gleichzeitig das BAföG auswei-

ten und elternunabhängig gestalten. Die Studentenwerke müssen zudem besser finanziert werden, damit sie ihre Beratungsangebote ausweiten können.

Sie haben fast alle Forderungen genannt, die eine Verfassungsänderung nötig machen. Die Finanzierung von Kitas, Wohnraum oder Serviceleistungen durch den Bund sind ohne die Aufhebung des Kooperationsverbots derzeit nicht möglich. Wie stehen Sie dazu?

► **Vogt:** Ich bin für die Abschaffung des Kooperationsverbots, aber das allein wird nicht reichen, um den Ländern genügend finanziellen Spielraum zu verschaffen.

► **Albsteiger:** Ich habe Ihre Frage in erster Linie auf mein Bundesland bezogen, den Ausbau von Kitas und die Förderung von Beratungsstrukturen, also als Landesaufgabe verstanden. Bayern könnte das allein schultern – ohne dass man am Kooperationsverbot rüttelt.

► **Ehling:** Das Kooperationsverbot muss sofort fallen, sonst können manche Länder ihre Hochschulen bald nicht mehr finanzieren.

► **Becker:** Ich bin für das Kooperationsverbot, weil wir klare Zuständigkeiten brauchen – entweder Land oder Bund. Seitdem es das Kooperationsverbot gibt, haben wir mehr Geld für Bildung ausgegeben. Ich →

Lasse Becker

ist seit 2010 Bundesvorsitzender der Jungen Liberalen (JuLis) und im FDP-Bundesvorstand. Der 30-Jährige studierte an der Georg-August-Universität Göttingen Volkswirtschaftslehre, wo er zurzeit promoviert und als Hochschul-Mitarbeiter die Vernetzung von Promovierenden und Unternehmen vorantreibt.
→ www.julis.de

Katrin Albsteiger

ist seit 2011 Landesvorsitzende der Jungen Union (JU) Bayern. Die 29-Jährige studierte Politikwissenschaft und Volkswirtschaftslehre in Augsburg und an der australischen University of Adelaide. Sie will CSU-Bundestagsabgeordnete werden und kandidiert auf Platz 30 der bayerischen Liste.
→ www.ju-bayern.de

Janis Ehling

vertritt die Linksjugend (solid) und ist seit 2011 im Bundesvorstand des Sozialistischen Demokratischen Studierendenverbands (SDS). Der 27-Jährige studiert Politikwissenschaft in Marburg, wo er im AStA aktiv ist. Er ist Direktkandidat der Linken für die Bundestagswahl am 22. September 2013.
→ www.linksjugend-solid.de

Sascha Vogt

ist seit 2010 Bundesvorsitzender der Jusos. Der 33-Jährige studierte Politikwissenschaft in Münster. Im Vorstand des freier zusammenschluss von studentinnenschaften (fzs) kämpfte er gegen Studiengebühren. Seit 2007 arbeitet er für die Hans-Böckler-Stiftung.
→ www.jusos.de

Inga Groth

ist Beisitzerin im Vorstand der Jungen Union Deutschland (JU) und stellvertretende Vorsitzende der JU-Bildungskommission. Die 31-Jährige studierte Rechtswissenschaft an der Universität Rostock. Zurzeit ist sie in Elternzeit und macht ein Fernstudium in Wirtschaftsrecht an der Hochschule Wismar.
→ www.junge-union.de

Jens Parker

ist Bundessprecher der Grünen Jugend. Schwerpunkte seiner politischen Arbeit sind Europa, Finanzpolitik und Anti-Diskriminierung. Nach seinem Bachelorstudium in Frankfurt am Main macht der 25-Jährige zurzeit in Potsdam einen Master in Wirtschaftswissenschaften.
→ www.gruene-jugend.de



»Schon in den Jahren vor der Hochschulbildung müssen wir für mehr Durchlässigkeit sorgen«

Lasse Becker, JuLis

→ hätte sogar eher damit leben können, eine reine Bundeszuständigkeit in der Bildung zu haben als eine Mischfinanzierung. Das funktioniert einfach nicht.

► **Parker:** Das sehe ich völlig anders. Das Kooperationsverbot gehört natürlich abgeschafft, damit Bund und Länder endlich sinnvoll kooperieren und investieren können.

Sie sehen alle die Reform des BAföG als Zukunftsaufgabe. Wie könnte das konkret aussehen?

► **Parker:** Neben dem von uns Grünen vorgeschlagenen Zwei-Säulen-Modell muss das BAföG dem Thema lebenslanges Lernen angepasst werden. Es sollte möglich sein, dass auch Menschen nach oder während ihrer Berufsphase BAföG bekommen.

Die Erhöhung beim BAföG habe ich schon angesprochen. Es geht nicht an, dass hier in der nächsten Legislaturperiode wieder einmal gar nichts passiert!

► **Becker:** Das stimmt doch gar nicht! Unsere Regierung hat gerade das BAföG erhöht – das haben die Koalitionen davor einfach verschlafen.

Auch das stimmt nicht. Die letzte große BAföG-Erhöpfung war 2001 unter Rot-Grün. Danach gab es eine weitere Anpassung 2008 unter der Großen Koalition aus CDU und SPD, und aktuell hat die CDU-FDP-Regierung noch einmal nachgebessert.

► **Ehling:** Inflationsbereinigt ist das BAföG aber unter der aktuellen Regierung noch weiter gesunken – trotz der marginalen Erhöhung von zwei Prozent!

► **Albsteiger:** Wir sind uns doch alle einig, dass das BAföG weiter erhöht werden muss. Darum müssen wir gar nicht streiten.

Um welche Summe würden Sie es denn erhöhen?

► **Albsteiger:** Ich will das jetzt nicht auf eine bestimmte Millionensumme festlegen. Im Zweifel läuft es sonst beim BAföG wie beim Mindestlohn: Jeder fordert noch mehr und zum Schluss trifft man sich irgendwo in der Mitte. Außerdem lässt sich doch pauschal gar nicht sagen, wie hoch der BAföG-Satz sein muss. Wer in München studiert, hat doch ganz andere Kosten als ein Studierender in Neu-Ulm auf dem Land. Ich kann mir gut vorstellen, das BAföG an die regionalen Besonderheiten anzupassen.

An welchen Stellschrauben im Hochschulsystem würden Sie neben dem BAföG sonst noch drehen, um einen möglichst gerechten Zugang für das Studium zu schaffen?

► **Ehling:** Das Beste wäre natürlich, wenn alle Studierenden reiche Eltern hätten – aber an diese Zukunftsvision glauben selbst wir Linken nicht. Ich studiere im zehnten Semester Politik, bin seit meinem zweiten Semester AStA-Referent. Das kann ich mir aber nur erlauben, weil meine Eltern beide promoviert sind und mich finanziell unterstützen. Eure Mutterparteien sagen alle, dass wir Chancen-

gerechtigkeit brauchen. Aber unser Bildungssystem gilt als eines der selektivsten in Europa. Für echte Chancengerechtigkeit durch Bildung müsste die Regierung viel mehr Geld in die Hand nehmen, wenn sie es ernst meint.

► **Becker:** Auch für mich sind die Einstiegschancen ins Studium eine zentrale Frage, wenn es um soziale Gerechtigkeit geht. Deshalb habe ich in Hessen persönlich gegen Studiengebühren für das Erststudium gekämpft – obwohl die Position der Jungen Liberalen in diesem Punkt in den Bundesländern sehr unterschiedlich ist.

Was hat Sie zum Gegner von Studiengebühren gemacht?

► **Becker:** Ich habe das bei einem ehemaligen Mitbewohner gesehen: Er war der erste in seiner Familie, der Abitur gemacht und dann Medizin studiert hat. Als dann



»Ich kann mir gut vorstellen, das BAföG an die regionalen Besonderheiten anzupassen«

Katrin Albsteiger, JU Bayern

in Niedersachsen Studiengebühren eingeführt wurden, nahm er einen Kredit auf. Aber er hat mir auch gesagt: »Wäre das zu Beginn des Studiums passiert, hätte ich wohl eher eine Ausbildung begonnen.« Das hat mich überzeugt.

Frau Groth, Sie befürworten Studiengebühren, obwohl sogar die CSU/FDP-geführte Regierung in Bayern sie gerade abgeschafft hat. Warum?

► **Groth:** Unser Staat bietet allen die Möglichkeit, Bildung nahezu kostenfrei zu erwerben. Aber wer ein Hochschulstudium absolviert, gehört anschließend eher zu den Besserverdienenden in unserem Land. Deshalb sollten sich Akademiker an den Kosten ihres Studiums beteiligen. Allerdings halte ich Studiengebühren erst dann für sinnvoll, wenn es ein ausgeklügeltes Stipendiensystem gibt.



»Erst einmal würde ich die Schuldenbremse abschaffen«

Janis Ehling; Linksjugend solid

Wie sähe ein ausgeklügeltes Stipendiensystem für Sie aus, das Studiengebühren rechtfertigen würde?

► **Groth:** Ich orientiere mich da am amerikanischen Modell. Das heißt, es müsste noch sehr viel mehr Stipendien aus der Wirtschaft geben. Auch ehemalige Studierende könnten sich mehr als bisher üblich an der Förderung ihrer Hochschule und deren Studierenden beteiligen. Studiengebühren sollte man aber selbst bei einer guten Stipendienstruktur nur dann erheben, wenn sie nachgelagert sind – also erst nach Ende des Studiums bezahlt werden müssen.

► **Vogt:** Die Debatte über Studiengebühren ist doch mausetot – überall sind sie abgeschafft!

► **Albsteiger:** Ich glaube, dass wir das Thema wieder diskutieren werden. Zurzeit fließen in Bayern die Steuereinnahmen und der Freistaat kann die fehlenden Gebühren kompensieren. Aber niemand weiß doch, ob das immer so weitergeht. Und dann müssen wir erneut über Gebühren nachdenken. Wie Inga Groth, würde ich zudem bei den Stipendien nachsteuern. Verglichen mit anderen Ländern stecken wir da noch in den Kinderschuhen. Das Deutschlandstipendium, das zu gleichen Teilen vom Bund sowie von privaten Geldgebern über die Hochschulen finanziert wird, ist ein Anfang, aber es reicht nicht.

► **Vogt:** Da muss ich jetzt entschieden widersprechen! Das Deutschlandstipendium schüttet Geld an Leute aus, die es definitiv nicht brauchen. Da bekommen Studierende mit besonders guten Noten noch einmal zusätzlich 300 Euro pro Monat als Leistungsanreiz.

Sie arbeiten selbst für die Studienförderung der Hans-Böckler-Stiftung, das Studienwerk des Deutschen Gewerkschaftsbunds. Ist es falsch, Leistung zu belohnen?

► **Vogt:** Das Problem im deutschen Hochschulsystem ist doch nicht, dass Studierende sich nicht genügend anstrengen. Bei der derzeitigen Stipendienvergabe liegt oft ein falscher Leistungsbegriff zugrunde. Ich persönlich habe sehr viel mehr Hochachtung vor einer Abiturientin mit Migrationshintergrund mit dem Notendurchschnitt 3,2, die es als erste aus ihrer Familie ans Gymnasium geschafft hat, als



»Wir brauchen an den Hochschulen eine bessere Beratungsstruktur«

Sascha Vogt, Jusos

vor einem Lehrersohn, der sein Abitur mit 1,5 absolviert. Ganz formal hat der eine die bessere Leistung erbracht – aber nach meinem Leistungsbegriff ganz und gar nicht.

► **Groth:** Es stimmt doch nicht, dass nur die reichen Studierenden mit guten Noten auftrumpfen können und Stipendien bekommen. Persönliches Engagement spielt auch eine große Rolle.

► **Vogt:** Bei der Studienförderung der Böckler-Stiftung schon. Aber schaut Euch doch die soziale Zusammensetzung bei vielen anderen Förderwerken, etwa der Studienstiftung des deutschen Volkes, einmal genau an: Die bezuschussen fast nur Leute aus der Oberschicht. Die brauchen das doch gar nicht!

► **Becker:** Das sehe ich anders. Zwar hast Du recht damit, dass wir ein Stipendiensystem brauchen, das vor allem Studierende aus sozial benachteiligten Schichten besser fördert. Deshalb würde ich auch beim Deutschlandstipendium in der nächsten Legislaturperiode nachsteuern. Anders →



»Bei Bologna wurden Studierende zu Versuchskaninchen gemacht«

Inga Groth, JU Deutschland

Hochschulen weiter gestärkt und die anderen geschwächt werden. Das Geld sollte aus meiner Sicht nach anderen Kriterien und in der Breite vergeben werden, anstatt eine angebliche Elite zu fördern.

► **Becker:** Bei der FDP fehlt mir in der Bildungspolitik manchmal der Blick über die eigene – sehr akademische – Perspektive hinaus. Die Partei müsste einen stärkeren Schwerpunkt auf die Bildungsgerechtigkeit legen als bisher. Das ist generell ein Problem in der Politik – aber für die Liberalen ganz besonders.

► **Groth:** Ich würde die Art und Weise der Einführung von Bologna überdenken. Die neuen Abschlüsse sollten eine internationale Vergleichbarkeit herstellen, aber das funktioniert nicht, weil die Inhalte nicht übereinstimmen. Hier wurden Studierende zu Versuchskaninchen gemacht. Staatsexamen und Diplom hatten im Ausland einen sehr guten Ruf, und ich fand und finde es falsch, das aufzugeben.

► **Ehling:** An meiner eigenen Partei kritisiere ich, dass die Wahlprogramme noch zu wenig Bildungs- und Hochschulpolitik enthalten. Aber es freut mich, dass Linke und Konservative wenigstens beim Thema Bologna-Reform total einer Meinung sind! Das kommt ja nicht gerade oft vor.

Auf einer Notenskala von eins bis zehn: Wie gut oder wie schlecht sind Ihre Mutterparteien darin, gute soziale Rahmenbedingungen für das Studium zu schaffen? (eins=sehr gut; zehn=sehr schlecht)

► **Albsteiger:** Ich vergebe für die CSU in Bayern eine 2. Hier gibt es zum Beispiel 29 verschiedene Wege zur Hochschulberechtigung. Da sind wir Vorreiter. Auch beim Wohnungsbau für Studierende tut sich viel.

► **Ehling:** Die Hochschulzugangsberechtigung ist in Bayern tatsächlich ziemlich gut. Da hat die CSU das C im Namen tatsächlich einmal ernst genommen!

Bei so viel Lob, Frau Albsteiger: Warum vergeben Sie kein »Sehr gut«?

► **Albsteiger:** Ich bin mit der Abschaffung der Studiengebühren in Bayern nicht einverstanden, weil mit den Einnahmen eine Menge sinnvoller Dinge finanziert wurden – von lan-

gen Bibliotheksöffnungszeiten bis hin zu Tutorien. Das gehört für mich ganz klar zu guten Rahmenbedingungen für das Studium. Es gab aber in Bayern die Sondersituation, dass sich beim Volksbegehren die Leute gegen die Beiträge ausgesprochen haben. Deshalb wurden sie abgeschafft.

► **Becker:** Und CSU-Ministerpräsident Horst Seehofer hat sich anschließend nicht getraut, das ganze Land bei einem Volksentscheid abstimmen zu lassen!

► **Albsteiger:** Zu seiner Ehrenrettung muss ich sagen, dass Seehofer selbst nie ein überzeugter Anhänger von Studiengebühren gewesen ist.

► **Ehling:** Ich gebe meiner Partei eine 1,5. Die Linke hat beispielsweise in Nordrhein-Westfalen bei der rot-grünen Minderheitsregierung mitgeholfen, die Studiengebühren abzuschaffen und setzt sich als einzige Partei konsequent gegen alle Studiengebühren ein.



»Das BAföG muss dem Thema lebenslanges Lernen angepasst werden«

Jens Parker, Grüne Jugend

► **Vogt:** Ich würde der SPD eine 3 geben, weil auch bei uns immer noch Luft nach oben ist. Für die Bundesebene haben wir jedoch ein sehr gutes Regierungsprogramm mit BAföG, Wohnungsbau und Steuerreform vorgelegt. Das muss natürlich den Realitätstest erst noch bestehen.

► **Becker:** 2,5. Denn ich sehe, dass es den Hochschulen in jenen Ländern besonders gut geht, wo die FDP mitregiert.

► **Groth:** Ich würde der CDU eine 2 Minus geben. Wir geben schließlich jedes Jahr mehr Geld für Bildung und Forschung aus, bei sinkenden Schülerzahlen und steigenden Studierendenzahlen.

► **Parker:** In den Ländern legen die Grünen einen ganz klaren Fokus auf Bildung und machen das auch zum Schwerpunkt der Haushaltsplanung. In finanzschwachen Ländern wie Bremen führt das natürlich zu heißen Debatten – und in der Folge auch zu Abstrichen. In Baden-Württemberg haben es die Grünen geschafft, endlich verfasste Studierendenschaften einzuführen. Wegen der bereits erwähnten Zivilklausel, bei der ich mir mehr Unterstützung von der Partei wünsche, vergebe ich aber »nur« eine 2.

Bewerten Sie bitte einmal Ihr eigenes Studium: Was war oder ist Ihr positivstes und was Ihr negativstes Erlebnis?

► **Albsteiger:** Das Positivste beim Politik- und VWL-Studium war mein Auslandsaufenthalt in Australien. Plötzlich am anderen Ende der Welt zu sein – das hat mich sehr geprägt. Gestört hat mich, dass in Deutschland die Bibliotheken so früh schließen oder Bücher nicht da waren. Auch überfüllte Seminare habe ich als negativ in Erinnerung.

► **Parker:** Ich treffe sehr viele interessante Menschen an der Universität und darf gemeinsam mit ihnen lernen. Das ist für mich das Beste am Studium. Dem steht die anstrengende Suche nach einem Master-Studienplatz gegenüber. Ich komme aus einem dualen Studium und wusste lange nicht, ob ich überhaupt einen Masterplatz bekomme. Das war belastend.

► **Vogt:** Ich habe nicht zu denjenigen gehört, die einen Schein nach dem anderen abgerissen haben. Genau diese Freiheit habe ich besonders geschätzt. Ich konnte eigene Schwerpunkte im Studium setzen und hatte Zeit für hochschulpolitisches Engagement im AStA und anderswo. Das ist heute in den Bachelor- und Masterstudiengängen kaum noch möglich. Die Studierenden stecken in einem Korsett. Negativ ist mir in Erinnerung, dass es auch zu meiner Studienzeit sehr unsolidarisches Verhalten gab. Gerade bei gemeinsamen Referaten gab es einige, die nicht zur Teamarbeit fähig waren und die Ellbogen ausführen.

► **Groth:** Mir hat ebenfalls die freie Zeitgestaltung beim Studium in Rostock am besten gefallen. Auch den persönlichen Kontakt zu den Professoren habe ich als sehr positiv in Erinnerung. Negativ war, dass mein Studiengang irgendwann eingestellt wurde. Die Landesregierung meinte, sparen zu müssen und Rechtswissenschaften nur noch an einer Universität in Mecklenburg-Vorpommern anbieten zu müssen.

► **Ehling:** Ich schätze an der Universität Marburg, wo ich zurzeit noch studiere, dass es noch linke Professoren gibt. Politik und Wirtschaft werden aus einer anderen Perspektive betrachtet – zum Beispiel spielen dort demokratietheoretische Ansätze eine große Rolle. Das gefällt mir, denn aus meiner Sicht sollte die Wirtschaft für den Menschen da sein und nicht umgekehrt. Dafür sind in Marburg die Seminarräume hoffnungslos überfüllt. Studierende stehen draußen und sitzen auf dem Boden. Bei uns am Politikinstitut regnet es manchmal in den Flur rein.

► **Becker:** Während meines Diplomstudiums in VWL habe ich die breiten Debatten in den Seminaren besonders geschätzt. Dafür hat mich die Universitätsbürokratie manchmal in den Wahnsinn getrieben. Nach dem Studium war ich an der Universität Göttingen noch eine Weile in einem mit Drittmitteln finanzierten Projekt beschäftigt. Was man dort an Bürokratie aufgebaut hat, schadet der Freiheit der Wissenschaft – und den Mitarbeitern, die das aushalten müssen. ■

Das Interview führte Katja Irlé.

7 x DSW

Die Forderungen des Deutschen Studentenwerks zur Bundestagswahl

1. Mehr BAföG, besseres BAföG

2. Studienfinanzierung: Gerechtigkeitslücken schließen

3. Mittel für soziale Infrastruktur im Hochschulpakt III

4. Öffentlich gefördertes Wohnheimprogramm

5. Bund und Länder finanzieren Hochschulsystem gemeinsam

6. Soziale Dimension in allen Bologna-Staaten ausbauen

7. Gute Rahmenbedingungen für die Studentenwerke

QR-Code: Detaillierte Informationen zu den Forderungen finden Sie hier:

→ www.studentenwerke.de/pdf/wahlpruefsteine_BT_Wahl_2013.pdf



Bologna für Erwachsene

WILLKOMMENSKULTUR
Zuwanderer sollen den Fachkräftemangel beheben. Die sind schon lange da, aber schlagen sich erfolglos mit der Anerkennung ihrer Abschlüsse herum. Hochschulen zeigen, wie die Integration in den Arbeitsmarkt gelingen kann.

VON **ARMIN HIMMELRATH**

— Rossana Luisa Szalaty war 31, als sie aus Brasilien nach Deutschland kam – der Liebe wegen. Mit ihrem deutschen Mann zog sie ins östliche Ruhrgebiet, und da sie in ihrer Heimat Jura studiert und unter anderem als Abteilungsleiterin in einer Bank gearbeitet hatte, hoffte sie auf einen ähnlichen Job in Deutschland. »Ich habe mehrere Deutschkurse besucht und auch eine Weiterbildung zur Wirtschaftsfachwirtin absolviert, die von der Industrie- und Handelskammer (IHK) geprüft und bescheinigt wurde«, berichtet die 37-Jährige von ihren Versuchen, einen Einstieg in den hiesigen Arbeitsmarkt zu finden. Dutzende von Bewerbungen schickte sie an potenzielle Arbeitgeber – manche machten sich nicht einmal die Mühe, zu antworten. »Irgendwann war ich nur noch frustriert«, erzählt die Juristin. Und fing schließlich an, als Verkäuferin in einem Discounter zu arbeiten, um wenigstens irgendetwas zu tun.



»Nach Dutzenden von Bewerbungen war ich irgendwann nur noch frustriert«

Rossana Luisa Szalaty



»In Kasachstan war ich Ingenieur, in Deutschland konnte ich nur als Gärtner arbeiten«

Maxim Chebotarev

→ Es sind diese Geschichten von hoch qualifizierten Zuwanderern in Deutschland, die nachdenklich machen. Geschichten von Menschen, die mit einem Hochschul-Examen und besten Qualifikationen an der Supermarktkasse landen und trotz aller politischen Absichtserklärungen kaum noch Hoffnung haben, jemals wieder in ihrem Beruf arbeiten zu dürfen.

»Mentale Kultur in den Köpfen verändern«

Ähnlich negative Erfahrungen machte auch Maxim Chebotarev. »In Kasachstan war ich Ingenieur, in Deutschland konnte ich nur als Gärtner arbeiten.« Dabei kann der 32-Jährige auf eine hoch qualifizierte Bildungskarriere verweisen: einen Fachschulabschluss als Bauwesen-Techniker, ein Fachhochschulstudium für Industrie- und Zivilbauingenieurwesen, dazu mehrjährige Berufserfahrung als Bauingenieur – für deutsche Arbeitgeber offenbar nur wertlose Zertifikate und Erfahrungen. »In Zeiten des Fachkräftemangels können wir uns eine solche Ressourcenverschwendung nicht leisten«, sagt Rupert Hochholzer, Professor für Deutsch als Fremdsprache an der Universität Regensburg. Eine Feststellung, die zwar breite Unterstützung findet – doch schnelle Änderung ist trotzdem nicht in Sicht, beklagt etwa Peter Clever, Mitglied der Hauptgeschäftsführung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA): »Wir haben unsere Behörden über Jahrzehnte in eine Abschottungskultur hineinentwickelt. Man hat gesagt: »Haltet uns die Leute vom Hals! Die wollen alle nur in unsere Sozialsysteme einwandern«, so Clever, »diese mentale Kultur in den Köpfen der Frauen und Männer in den Behörden zu verändern – das geht nicht per Knopfdruck, das geht auch nicht per Gesetz.«

Stattdessen sei ein tief greifendes Umdenken nötig, um auch für Erwachsene das zu schaffen, was der Bologna-Prozess für Studentinnen und Studenten alltäglich machen soll: möglichst grenzenlose Mobilität und den einfachen Wechsel von einer Hochschule zur anderen. 47 Staaten haben sich dieser Reform angeschlossen – doch die gleichen Staaten sind bei der Anerkennung beruflicher Qualifikationen und Abschlüsse neben und nach dem Studium



»Die typischen Ratsuchenden sind weiblich, Mitte 30, mit akademischer Ausbildung und häufig aus Osteuropa stammend«

Daria Braun, Projektleiterin für die »Zentrale Erstanlaufstelle Anerkennung« bei der Otto Benecke Stiftung (OBS)

deutlich zurückhaltender. Immerhin, in kleinen Schritten geht es doch voran:

Seit gut einem Jahr ist in Deutschland das Anerkennungsgesetz in Kraft. Es soll die Festlegung und Anerkennung von Berufsqualifikationen erleichtern, die im Ausland erworben wurden. »Im Bereich der akademischen Berufe ist die Wirkung dieser Neuregelung überschaubar, die Folgen sind eher indirekt zu spüren«, sagt Daria Braun. Sie ist bei der Otto Benecke Stiftung (OBS) Projektleiterin für die »Zentrale Erstanlaufstelle Anerkennung« in Berlin im Rahmen des IQ-Netzwerks. IQ steht für »Integration durch Qualifizierung« – ein bundesweites Netzwerk, in dem sich verschiedene Träger, Stiftungen und andere Akteure zusammengeschlossen haben, um Menschen mit ausländischen Berufsabschlüssen schnellen Rat und Hilfe anzubieten. In der Berliner Beratungsstelle ist die Otto Benecke Stiftung für die Zuwanderer mit akademischer Qualifikation zuständig, während Personen mit Ausbildungsberufen vom Kooperationspartner GFBM, der Gesellschaft für berufsbildende Maßnahmen, betreut werden.

Ein Mentalitätswechsel bahnt sich an

»Weiblich, Mitte 30, mit akademischer Ausbildung und häufig aus Osteuropa stammend«, so beschreibt Daria Braun die typischen Ratsuchenden in der Zentralen Erstanlaufstelle Anerkennung. In der Beratung werden die Zuwanderer über ihre Rechte und Pflichten in Bezug auf die Anerkennung ihrer Abschlüsse informiert. Dann geht es darum, zu klären, inwieweit das Anerkennungsgesetz greift, »denn rechtlich hat dieses Gesetz nur einen schmalen Anwendungsbereich«. Es gilt nämlich nur für die Berufe, die bundesrechtlich geregelt sind – und auch nur dann, wenn keine fachrechtlichen Regelungen, etwa bei Ärzten, Vorrang haben.



»Man hat gesagt: »Haltet uns die Leute vom Hals! Die wollen alle nur in unsere Sozialsysteme einwandern«

Peter Clever, Mitglied der Hauptgeschäftsführung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)



»In Deutschland wird Migration überwiegend als ein Problemfeld von Geringqualifizierten diskutiert «

Ute Klammer, Prorektorin für Diversity Management an der Universität Duisburg-Essen und Initiatorin des Programms

Hinzu kommt: Bisher reagieren die Bundesländer eher zögerlich, noch nicht einmal die Hälfte hat eigene Regelungen zur Anerkennung mitgebrachter Berufsabschlüsse erlassen. »Trotzdem ist das Gesetz natürlich ein wichtiger Schritt gewesen, um die Rahmenbedingungen zu verbessern«, sagt Daria Braun und verweist auf einen »langsam spürbaren Mentalitätswandel« bei Behörden, Arbeitgebern und anderen Stellen und auf die öffentliche Debatte, die dadurch losgetreten wurde.

Dass die Otto Benecke Stiftung sich im IQ-Netzwerk engagiert, ist kein Zufall: Die OBS bringt langjährige Erfahrung in der Beratung und Begleitung zugewandelter Akademiker mit. So wurde gerade erst an der Hochschule für Gestaltung Offenbach ein einjähriges Projekt beendet, in dem 16 zugewanderte Lehrerinnen und Lehrer für die Mangelfächer Mathematik, Physik und Informatik auf den Einsatz in deutschen Klassenzimmern vorbereitet wurden. »Die Vielfalt des Zusammenlebens unterschiedlicher Kulturen in unserer Gesellschaft muss sich auch in der Schule widerspiegeln«, sagt Stiftungspräsident Lothar Theodor Lemper. Das Programm richtete sich speziell an Lehrer, die bisher nur ein Fach studiert haben: Unterrichtsdidaktik und -theorie gehörten genauso zum Curriculum wie ein intensiver Deutschkurs und mehrere Praxisphasen an Schulen. Jetzt sollen die Absolventen als »Brückenbauer und unverzichtbare Akteure der Integrationsarbeit« den hessischen Schulalltag bereichern, wie es Sozialminister Stefan Grüttner formulierte.

Hochschulen als Antreiber

Doch das Offenbacher Projekt zeigt, bei allem Erfolg für die Teilnehmer, auch die Schwierigkeiten, vor denen Zuwanderer mit ihren akademischen Abschlüssen oft noch stehen: Häufig sind sie auf Einzelprojekte angewiesen, um beruflich an ihre Vorerfahrungen anknüpfen zu können – flächendeckende und vor allem einheitliche Standards zum Umgang mit im Ausland erworbenen Qualifikationen setzen sich erst ganz allmählich durch. »In Deutschland wird Migration überwiegend als ein Problemfeld von Geringqualifizierten

diskutiert«, bestätigt Ute Klammer, Prorektorin für Diversity Management an der Universität Duisburg-Essen und Initiatorin des Programms. Ein falscher Ansatz, findet sie: Man müsse »darauf aufmerksam machen, dass wir eine große Gruppe sehr qualifizierter Migrantinnen und Migranten haben, denen wir aber keine adäquaten Chancen geben, ihr großes Wissen und ihre hohen Qualifikationen auch angemessen im Arbeitsmarkt zur Geltung zu bringen.« Vielleicht ist es deshalb kein Wunder, dass ausgerechnet die Hochschulen mit ihren Erfahrungen aus dem Bologna-Prozess immer wieder »ein Stück Agenda-Setting für die bildungspolitische Debatte« betreiben, wie Ute Klammer es formuliert.

So hat ihre eigene Hochschule – die Universität Duisburg-Essen – zusammen mit der Universität Regensburg und unterstützt von der Stiftung Mercator das Projekt proSALAMANDER ins Leben gerufen. Für jeden Programmteilnehmer wird dabei individuell festgestellt, welche sprachlichen und methodischen Schwierigkeiten behoben werden müssen, um den Anschluss an den deutschen Arbeitsmarkt zu schaffen. Darauf aufbauend wird ein persönliches Studienprogramm zusammengestellt, mit dem Ziel, einen deutschen – und damit auf dem Arbeitsmarkt problemlos akzeptierten – Hochschulabschluss zu erreichen. Auch die Brasilianerin Rossana Luisa Szalaty und der Kasache Maxim Chebotarev wurden als Stipendiaten ins Förderprogramm aufgenommen – und hoffen jetzt darauf, bald nicht mehr als Supermarktkassiererin und Gärtner arbeiten zu müssen. Rossana strebt einen Betriebswirtschaftslehre-Abschluss an, Maxim ist im Masterstudiengang Bauingenieurwesen eingeschrieben. Und beide sind sich einig: »Endlich gibt es wieder eine Perspektive!« ■

→ www.prosalamander.de

→ www.obs-ev.de

DER AUTOR

Armin Himmelrath

ist freier Bildungs- und Wissenschaftsjournalist in Köln



Serie:
**TEAM
WORK**
im
Studentenwerk



Ein Kinderspiel

Hier wird Lea nicht nach einer Stunde wieder abgeholt! Im Bällebad der KiTa »CampusKids« des Studentenwerks Magdeburg dürfen die Kinder ausgiebig spielen – und das täglich. Für ihr Wohl und den Spaß sind drei Erzieherinnen sowie ein Sozialarbeiter verantwortlich. Seit gut einem Jahr sind die vier ein kompetentes Team: Ina Richter (3. v.l.) spielt Gitarre, singt mit den Kleinen und organisiert Ausflüge, zum Beispiel ins Puppentheater. Katrin Schiffner (r.) fördert vor allem die Kinder mit Lerndefiziten. »Hanne« Praet (2. v.l.) ist eigentlich schon im Ruhestand, doch alle profitieren gerne von ihrem Erfahrungsschatz. Als Basketballspieler ist Felix Neumann (l.) der coole Typ des Teams. Er leitet die Sportnachmittage und tobt mit den Kids herum. Zusätzlich arbeiten die vier im »CampusKinderzimmer«, der flexiblen Betreuungseinrichtung des Studentenwerks. Insgesamt kümmern sie sich um circa 50 Mädchen und Jungen im Alter von null bis fünf Jahren. Ihr Erfolgsgeheimnis? Ähnliche Ausbildungen und gleiche Charaktereigenschaften: spontan, flexibel, offen und unternehmungslustig. In der Freizeit fahren sie oft gemeinsam Drachenboot – natürlich ohne die Kinder! *jaw*

→ www.studentenwerk-magdeburg.de

Foto: Sandra Kühnapfel

Alles so schön bunt hier

FARBENRAUSCH Wie aus dem Tuschkasten. Die Studentenwerke München, Darmstadt und Freiburg setzen beim Wohnheimbau bewusst auf den Einsatz von Farben – mit ganz unterschiedlicher Wirkung.

VON JOCHEN PAUL

— Physiologisch und psychologisch hat Farbe einen großen Einfluss auf die wahrgenommene Atmosphäre unseres gebauten Lebensraums, sie beeinflusst sogar unser Temperaturempfinden: Bewusst eingesetzt, ist sie also nicht nur Schmuck, sondern kann Orientierung bieten, Proportionen verändert erscheinen lassen und Hierarchien klären.

Noch für die Protagonisten des Neuen Bauens war Farbe ein zentrales Gestaltungsmittel der Architektur. Dass dieses Wissen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in Vergessenheit geriet, hat auch mit einer von Schwarz-Weiß-Fotografien geprägten Rezeption der »weißen Moderne« zu tun, die lange Zeit nicht hinterfragt wurde: In Dessau werden die Bauhaus-Meisterhäuser seit über 20 Jahren sukzessive restauriert, Max Tauts Berliner »Tuschkastensiedlung« in der Gartenstadt Falkenberg Mitte der 1990er Jahre wiederentdeckt, und dass Le Corbusier nicht nur eine Vorliebe für Sichtbeton, sondern auch für kräftige Farben hatte, belegen seine als »polychromie architecturale« bekannt gewordenen Farbklavaturen.

Auch die Architekten und (Farb-)gestalter der Neubauten in Darmstadt, Freiburg und München machten sich die Möglichkeiten der Farben zunutze, aber auf unterschiedliche Art und Weise: →



Freiburg

Im Studentenwohnheim am Flugplatz sind alle Flure in sich abwechselnden Farbfeldern gehalten, die so unterschiedliche Wirkungen erzeugen: mal kühl, mal ansprechend warm

Fotos: Yohan Zerroun,
Studentenwerk Freiburg



»Das Leben ist bunt und unsere Studierenden kommen aus aller Welt. Diese Vielfalt wollen wir auch optisch ausdrücken«

Clemens Metz, Geschäftsführer
Studentenwerk Freiburg



Darmstadt
Was wie eine Farbbeutelattache auf das Wohnheim LAB aussieht, wurde von den Künstlern von umgebungsfarbe.de per Pinsel mit eigens für das Projekt angefertigter Farbe aufgetragen



»Die starken Farben sind ein Signal für unser Konzept ›Zuhause im Studentenwerk««

Ulrike Laux, Geschäftsführerin Studentenwerk Darmstadt

→ Beim „denkmalgerechten Neubau“ des ehemaligen Frauendorfs der Olympischen Spiele waren Werner Wirsing und bogevischs buero dem Original von 1972 verpflichtet. Farbe kommt hier in den Einbaumöbeln und den Eingangstüren und dem von Otl Aicher und von Strauss und Pedrazzini behutsam weiterentwickelten Wegeleitsystem zum Einsatz. Die Farbpalette mit kräftigen Orange-, Blau- und Grüntönen findet sich auch im Eingangsbereich des Hochhauses (Sanierung: knerer und lang) und den Treppenhäusern der ebenfalls sanierten „Alten Mensa“ (Sanierung: Muck Petzet) des Olympischen Dorfs wieder. Außen dominiert Sichtbeton – außer bei den Bungalows im Frauendorf. Hier haben die Bewohner wieder das Recht, die Sichtbetonfassade individuell zu bemalen.

Anders in Freiburg: Während Amann Burdenski Munkel Architekten für das Studentenwohnheim am Flugplatz eine schlichte Fassade aus unterschiedlich grauen Aluminiumtafeln wählten, durfte Ben Hübsch innen aus dem Vollen schöpfen: Nicht nur ist jede Wandfläche andersfarbig, auch jede der 40 Zimmertüren erhielt ihr eigenes Farbfeld – immerhin sind die Räume dahinter weiß. Dabei erinnert sein vollflächiger Farbeinsatz durchaus an Walter Gropius' Meisterhaus für Lyonel Feininger.

Einen Schritt weiter noch geht das Studentenwohnheim Berliner Allee in Darmstadt: Während sich in München und Freiburg die Farbgestaltung im Wesentlichen auf die Innenräume beschränkt, versah Erik Pfeiffer von »Umgebungsfarbe« den Innenhof des 2012 fertiggestellten, weiß verputzten Baus mit einer über fünf Geschosse reichenden Fassadenmalerei. Sein »LAB-Darmstadt« genanntes Projekt – es wirkt auf den ersten Blick wie eine konzertierte Farbbeutelattache –, stellt sich bei näherem Hinsehen als Explosion von Tönen aus dem digitalen Farbraum der Kaltfarbenpalette (Cyan, Magenta, Primärgelb) dar, deren Nullpunkt die violette Kreisscheibe in der Mitte des begrünten Hofes ist. ■

DER AUTOR

Jochen Paul

schreibt über Architektur und Design und leitet die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit von E2A Eckert Eckert Architekten



Foto: umgebungsfarbe.de, Studentenwerk Darmstadt

Foto: Jens Weber/München, mp-a(2x); Studentenwerk München; privat (Autor)



»Die Farben im Olympischen Dorf verbinden und stärken das ›Wir-Gefühl«

Ursula Wurzer-Faßnacht, Geschäftsführerin Studentenwerk München



München

Die olympischen Farben von 1972 bieten Orientierung. Im Olydorf finden sie sich im Leitsystem (o.), in den Gemeinschaftsräumen (m.), aber auch in einzelnen Möbeln wieder (u.)

Unimanager mit Lebensart

BERNHARD EITEL Der Rektor der Universität Heidelberg begann seine Amtszeit mit einem Erfolg in der Exzellenzinitiative. Doch trotz der Millionen-Förderung ist fehlendes Geld bis heute seine größte Sorge.

VON **FRANK VAN BEBBER**

—Als Bernhard Eitel vor sechs Jahren Rektor der Universität Heidelberg wurde, überraschten ihn Lokalreporter mit Fragen zum bevorstehenden 625. Geburtstag der Universitätsgründung. »Da war ich baff«, erinnert sich Eitel. »Das hatte ich nicht auf dem Radar.«

Der neue Chef der ältesten Universität Deutschlands schaute damals nicht auf das Gründungsjahr 1386, sondern nur auf das Finale der Exzellenzinitiative. Selten lässt sich so exakt auf Tag und Stunde sagen, wann sich das Schicksal eines ganzen Rektorats entschied wie bei ihm. Am 19. Ok-

tober 2007, zweieinhalb Wochen nach seinem Amtsantritt, klingelte um 11:45 Uhr sein Handy und er erfuhr im Auto: Heidelberg hat im zweiten Anlauf den millionenschweren Elite-Titel erhalten. Eitel führte fortan statt einer kriselnden stolze Universität.

Heute, bereits mit großer Mehrheit gewählt für seine in diesem Oktober beginnende zweite Amtszeit, sagt Eitel: »Es ist nun einmal so,

es dreht sich oft immer um das Gleiche: um Geld. Das ist es, was letztlich eine Universität handlungsfähig macht.«

Ein nüchterner Blick auf das teure Alltagsgeschäft statt großer Reden über vergangene Jahrhunderte – das passt zum jovial und bodenständig wirkenden Eitel. Auch er ließ sich zum Amtsantritt einen neuen Talar schneidern, wie es die Tradition in Heidelberg will. Doch wenn der 53-Jährige auf der Ledergarnitur in seinem Büro Gäste empfängt, treffen diese weder einen abgehobenen Wissenschaftler noch

Foto: Lena Lux



einen kühlen Hochschulmanager. Dagegen glaubt man sofort, dass Eitel die französische Lebensart schätzt und mit einem Glas Rotwein in der Hand am Herd steht und kocht.

Der in Karlsruhe geborene Eitel ging in einem Schwarzwaldtal zur Schule. Anschließend studierte er in Karlsruhe Geografie und Germanistik. Seine Studentenbude, Miete 170 Mark, hatte keine Heizung, die Toilette war auf dem Flur einen halben Stock tiefer. »Einmal ist mir das Bier eingefroren, zum Duschen fuhr ich ins Sportinstitut«, erinnert sich Eitel.

Später war er Professor in Passau, bevor er einem Ruf aus Heidelberg folgte.

Im Badischen wird ein Tonfall gepflegt, der sprachliche Schärfe weniger kennt. Auch darum wirkt Eitel nicht wie aus der Abteilung »Attacke«. Mit der aus Heidelberg stammenden grünen Wissenschaftsministerin Theresia Bauer feierte er die Universitätserfolge in der zweiten Runde des Exzellenz-

wettbewerbs. Bauer beschreibt Eitel als mutig, offen und weitsichtig, was ein wenig mehr Lob ist, als die Höflichkeit erfordern würde. Denn besonders am Centre for Asian and Transcultural Studies (CATS) wird deutlich, wie forschungstark Geisteswissenschaften sein können. Es ist eines der wenigen geisteswissenschaftlichen Forschungsvorhaben, das vom Wissenschaftsrat zur Förderung empfohlen wurde. Eitel lobt das Verständnis der Ministerin: »Sie denkt schon sehr akademisch.«

Trotzdem verfolgt Eitel für die Universität Heidelberg eine klare Agenda – und die wird dem →

→ konservativen Selbstverständnis der selbstbewussten Universität durchaus gerecht. Als Sprecher des jungen Bündnisses »German U15«, der gemeinsamen Interessenvertretung großer deutscher Volluniversitäten, plädiert er für eine stärkere Differenzierung der Hochschulen. Im Heidelberger Rektorat fällt das nicht schwer. Es ist ziemlich unbestritten, dass Heidelberg am oberen Ende einzuordnen ist.

Auch in der kritischen Phase der Exzellenzinitiative hatte Heidelberg stets auf das Konzept der Volluniversität gesetzt, statt auf die Profilierung einzelner Stärken oder Fächer. Dass er mit großer Mehrheit für eine zweite Amtszeit gewählt wurde, verdankt Eitel auch diesem Konzept in der Exzellenzinitiative, von der viele Fächer und die gesamte Universität profitieren. »Ich bin nicht in die Zwangssituation gekommen, Bereiche abbauen zu müssen und groß umzuverteilen«, sagt er, »das macht es einfacher.« Und so soll es bleiben: Die

U15 treten dafür ein, Bundesgeld in die Hochschulen zu stecken – nicht zuletzt in ihre.

Eitel hofft durch zusätzlich fließende Bundesmittel auf eine höhere Grundfinanzierung. Zwar gebe es viel Geld für einzelne Projekte und Initiativen, sagt er. Doch das Budget für den alltäglichen Universitätsbetrieb mit über 30 000 Studierenden und 5000 Wissenschaftlern werde immer schmaler. Er fühle sich, als ob er einen Tanker im Nebel steuere, sagt Eitel. Die Zukunft des Solidarpakts zwischen Land und Universität – ungewiss. Die Zukunft des Wissenschaftspakts zwischen Bund und Ländern – ungewiss. Die Zukunft der Exzellenzprojekte – ungewiss. »Es sind alle Töpfe in Frage gestellt«, sagt Eitel. Dabei gehe die Universität gegenüber jedem Studierenden jahrelange Verpflichtungen ein.

Eitel würde auch die Geldbeutel der Studierenden gerne weiter anzapfen. »Studien-

gebühren zu verdammen, halte ich für falsch – ganz abgesehen davon, dass einfach das Geld fehlt«, sagt er. Der von der grün-roten Landesregierung beschlossene Ausgleich für die abgeschafften Gebühren würde nach und nach von der Inflation aufgefressen. Sozial ungerecht nennt Eitel ein gebührenfreies Studium. Studierende, die später gut verdienen, müssten nicht zahlen, während Kinderkrippen Geld kosteten. »Die Härten waren durch Ausnahmen abgedeckt«, erinnert sich Eitel an das baden-württembergische System, bei dem am Ende nur noch gut die Hälfte der Studierenden zahlte. Dass es entgegen der Versprechen der Gebührenbefürworter kein funktionierendes Stipendiensystem gab, wischt er vom Tisch. »Für ein Stipendiensystem fehlte schlichtweg die Zeit. Wir hatten ja nur ganz wenige Jahre Studiengebühren.«

Es sind solche Sätze, die erklären, warum Eitels schärfste Kritiker in den vergangenen Jahren aus den Reihen der Studierendenvertreter kamen. 2009 besetzten protestierende Hochschüler während des Bildungstreiks für mehrere Tage das Rektorat, am Ende ließ Eitel das Gebäude von der Polizei räumen. Dieses Bild gehört nun zu seiner Amtszeit: Beamte mit Helm und Schlagstock im Türrahmen des Rektorats. Auch Eitel hat es nicht vergessen. Eine, die sein Vorgehen kritisch abklopfte, war Theresia Bauer – damals noch Oppositions-abgeordnete im Landtag.

Wird Eitel nach seiner Amtszeit gefragt, berichtet er erst von der Exzellenzinitiative, dann schon von der Rektoratsbesetzung. Manches sieht er von Studierenden falsch dargestellt. Die von der neuen Landesregierung eingeführte Verfasste Studierendenschaft begrüßt er auch

Foto: Lena Lux



ZUR PERSON **Bernhard Eitel**

Geboren 1959 in Karlsruhe, studierte Bernhard Eitel von 1980 bis 1986 Geografie und Germanistik an der Universität Karlsruhe (TH). 1989 und 1994 folgten die Promotion und Habilitation an der Universität Stuttgart. 1995 wurde er Professor für Physische Geografie an der Universität Passau und seit 2001 ordentlicher Professor für Physische Geografie an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg. Seit 2007 ist Eitel Rektor der Universität Heidelberg und bereits für eine zweite Amtszeit bis 2019 wiedergewählt. Außerdem ist er Vorsitzender und Sprecher des im Oktober 2012 gegründeten Hochschulclubs »German U15«.

→ www.uni-heidelberg.de

Bernhard Eitel über ...

✓ **Bachelor/Master**

»Ich sehe den Bologna-Prozess jetzt positiv. Das System läuft erfolgreich. Viele Probleme in Deutschland hätten wir vermeiden können, wäre das System nicht auf alle Hochschularten in gleicher Weise angewendet worden. Und für das Ziel eines europäischen Bildungsraums hätten wir Bachelor und Master nicht gebraucht. Aber wir können auch mit diesem System gute Dinge machen.«

✓ **Kooperationsverbot**

»Das Kooperationsverbot ist problematisch. Seine Aufhebung setzt aber eine Kontrolle der daraus resultierenden Effekte voraus. Wenn Sie die Mittel von der Kinderkrippe bis zur Universität verteilen, bleibt für nichts genügend übrig. Und das Geld muss nach wissenschaftlichen Kriterien verteilt werden, nicht um Strukturpolitik zu betreiben. Da braucht es Leitplanken.«

✓ **Studentenwerke**

»Studentenwerke machen einen unverzichtbaren Job an den Hochschulstandorten und sind als vielseitige Serviceeinrichtungen aus dem akademischen Leben kaum wegzudenken. Wir arbeiten hier in Heidelberg gut zusammen.«

✓ **Chancengleichheit**

»Die Universität Heidelberg hat den Wahlspruch »Semper apertus« – das heißt: Wir sind neuen Gedanken und Menschen gegenüber jederzeit offen. Das pflegen wir. Auch im Kodex der U15-Gruppe haben wir festgeschrieben: Wir agieren unabhängig von Geschlecht, sozialer Herkunft oder weltanschaulicher Orientierung. Das ist nicht selbstverständlich auf der Welt.«

✓ **Internationalisierung**

»Wir haben in Heidelberg eine sehr internationale Studierendenschaft – von diesen Kontakten profitieren auch unsere deutschen Studierenden. Die blanke Forderung nach noch mehr Internationalisierung in der Wissenschaft ist ein typisch deutsches Stereotyp. Viele sind hier schon sehr weit. Auch muss zwischen Hochschulen differenziert werden.«

Foto: privat (Autor)

darum. »Die Rektoren wollen Ansprechpartner unter den Studierenden, aber sie wollen auch jemanden, der für die Studierenden spricht, nicht nur für einzelne Gruppen.«

Eher überraschend in Fahrt gerät Eitel bei einem anderen Thema, das kaum noch jemand offen in Frage stellt: die Frauenförderung. »Da kann ich mich in Rage reden«, sagt er – und tut das auch. Immer neue Anreize zur Berufung von Frauen hält er für sinnlos und teuer. Sie schürten allein die teure Konkurrenz um die wenigen Professorinnen, die sich die Universitäten inzwischen mit viel

»Es dreht sich immer um das Gleiche: um Geld«

Geld gegenseitig abjagten. »Wir haben kein Problem, das mit der Frauenförderung gelöst werden könnte, wir haben ein Problem beim Übergang von Müttern und Vätern von der Habilitation zum Erstruf«, sagt er. Nicht Frauen, Mütter und Väter müssten darum gefördert werden. »Das »akademische Vagabundenleben« ist mit der Erziehung von Kindern nur schwer zu vereinbaren. Da müssen wir Maßnahmen entwickeln, auch gemeinsam mit den Studentenwerken.« Immerhin gibt es schon 200 Wohnungen für studierende Eltern rund um die Universität Heidelberg.

Doch das zentrale Thema seiner zweiten Amtszeit wird für Eitel die Exzellenzinitiative bleiben. Noch ist offen, wie die vielen Projekte in die Zukunft gerettet werden können. Manches, deutet Eitel an, werde wohl am Ende nicht fortgeführt werden können. Klar ist: Einen einzigen Anruf, der auf einen Schlag seine drängendsten Probleme löst, wird es nicht noch einmal geben. Und es wird weiter um Geld gehen, nicht um historische Jahreszahlen. ■

DER AUTOR

Frank van Bebber
ist freier Journalist in Frankfurt am Main



Die dritte Funktion der Universität

HOCHSCHULREIFE Bevor man in den USA auf die Universität darf, sollte man ein College besucht haben. Heute gäbe es gute Gründe, die Idee für Deutschland noch einmal zu durchdenken.

VON JÜRGEN KAUBE



__Vergleicht man die angelsächsische und die deutschsprachige Hochschulwelt hinsichtlich der philologisch-historischen Fächergruppe, fällt zuerst auf, dass in Deutschland weltweit deutlich am meisten Studierende in den Geisteswissenschaften eingeschrieben sind. Und dass es sich hier stets um ein Fachstudium handelt. In den USA sind »Humanities« Teil des College-Lehrplans, der allererst die Grundlagen für ein eventuell danach ergriffenes Fachstudium legt; für alle, die es nicht beim Bachelorabschluss belassen. Kein Mediziner, kein Jurist und auch kein Naturwissenschaftler, der es zuvor nicht mit Geschichte und Literatur zu tun bekam – und umgekehrt auch kein Philologe oder Philosoph, der nicht von Statistik gestreift wurde.

»Humanities« ist insofern ein Ausdruck für das, was an den Fragestellungen und Antworten der Geisteswissenschaften alle angehen könnte, nicht nur künftige Forscher oder spezialisierte Berufstätige im Kultursektor (Museen, Redaktionen, Verlage und all das).

Im Blick auf die große Zahl der Studierenden in den Geisteswissenschaften könnte man auch sagen: »Humanities« ist ein Name für das, was für die meisten von ihnen sinnvoll wäre, eine Lehre nämlich, die sich an den allgemeinen Bildungsaspekten der Befassung mit kulturellen Artefakten orientiert und nicht am Horizont der Forschung.

Doch in Deutschland gibt es eben keine Tradition des Colleges, das der Tatsache sehr junger Studierender ohne intellektuelle Hochschulreife, sondern nur mit der formalen ausgestattet, Rechnung trägt. Dabei hat sich mit der Verkürzung der Schulzeit, der Abschaffung des Wehrdienstes, der stärkeren Inklusivität des Gymnasiums sowie der geöffneten anderen Zugänge zum Studium die Frage, was man mit den Studierenden anfängt, verschärft. Niemand

kann bestreiten, dass es über kurz oder lang auf die Hochschulen zukommt, in ihrem Eingangsbereich flächendeckend nachzuholen, wovon sie jahrzehntelang meinten annehmen zu dürfen, es sei mit dem Abitur garantiert und könne vorausgesetzt werden: Kenntnisse, grundsätzlich kognitive Einstellungen, Lesen, Orientierung in Gedankenräumen. Die Vereinigten Staaten, in denen nie recht geglaubt wurde, mit dem High-School-Abschluss sei die Schulzeit zu Ende und die Universität habe keine genuinen Erziehungsaufgaben, besitzen im College seit Langem eine Institution, in der Erfahrungen mit diesem Problembestand gesammelt und genutzt werden.

Nach dem Zweiten Weltkrieg schienen in Deutschland die Chancen für die Nutzung entsprechender amerikanischer Universitätserfahrungen zunächst günstig. Im Blick auf den Nationalsozialismus, der gerade an den Universitäten viel Zulauf gefunden hatte, sollten sie nun antitotalitär eingerichtet werden.

Alle Überlegungen zu einem allgemeinbildenden Lehrplan, die nach 1945 angestellt wurden, liefen jedoch auf eine philosophisch-geistesgeschichtliche Grundausbildung qua »Studium generale« hinaus, Einheit von Forschung und Lehre, das oft nur geisteswissenschaftliche Vorträge für Hörer aller Fachbereiche beinhaltete oder allenfalls die Vermittlung naturwissenschaftlicher »Weltbilder« für alle, aber keinen symmetrischen Austausch von Studierenden zwischen den Disziplinen.

Diese Programme konnten sich nicht durchsetzen. Dafür aber der übliche Standardreflex der Hochschulen: Die Einheit von Forschung und Lehre, wird gesagt, ist die Universität, alles andere müsse sich daran messen. Im Kampf gegen die »Verschulung« waren sich dabei die universitätspolitischen Lager einig. 1963 warnte Jürgen Habermas davor, »die Verschulung, die sie an den Konsumenten überfüllter Seminare beargwöhnt, als Erziehungsauftrag selbst in Regie nehmen zu wollen«. Es bedürfe eines »Vorschusses der fingierten Mündigkeit« der Lernenden.

Die Kritiker der Idee eines deutschen Colleges wie der Vorsitzende der Westdeutschen Rektorenkonferenz Hermann Heimpel, Habermas, aber auch Helmut Schelsky, setzten sich wiederum erst gar nicht mit den College-Traditionen anderer Hochschulsysteme auseinander – jedenfalls nicht mit der Tatsache,

dass andernorts durch sie und die angebliche »Verschulung« weder die Wissenschaft noch die Universität gefährdet worden ist. Dass es durch die Bologna-Reformen unter Beibehaltung der »Einheit von Forschung und Lehre«-Rhetorik in vielen Bereichen tatsächlich zu einer Art Verschulung gekommen ist, die nur die negativen Aspekte der Schule, aber nicht ihre Funktionalität verwirklicht, gehört zu den besonderen Ironien der hiesigen Universitätsgeschichte. Gegenwärtig können sich die Anhänger der Bologna-Reform sogar Verschulung ohne Anwesenheitspflicht vorstellen!

Auf die Frage danach, was man mit immer jüngeren Studierenden anfängt, die von den Gymnasien zudem oft nicht in die Nähe des wissenschaftlichen Arbeitens gebracht worden sind, gibt das keine Antwort. Für manche von ihnen ist die Universität in ihrem Eingangsbereich zu wenig an Wissenschaft orientiert, für die allermeisten ist sie es zu sehr. Der vielbeschworenen Idee, Letztere an die Fachhochschulen zu überweisen und diesen Sektor entsprechend auszubauen, sind

»Humanities« ist ein Name für eine Lehre, die sich an den allgemeinen Bildungsaspekten orientiert und nicht am Horizont der Forschung«

enge Grenzen gesetzt: durch die Ambition der Fachhochschulen, ihrerseits Wissenschaft zu treiben; durch die für einen Ausbau der Fachhochschulen erforderliche Umschichtung von Mitteln zuungunsten der Universitäten; vor allem aber durch deren vitales Interesse, große, möglichst studentenreiche Universitäten zu sein.

Insofern könnte sich ein zweiter Blick auf die Leistungsfähigkeit des Colleges in anderen Hochschulsystemen lohnen. Er müsste sich nur von Idealisierungen geisteswissenschaftlicher Art lösen und sich zugleich in Gelassenheit üben, wenn erneut die Gefahr ausgemalt würde, das Studium sei dann kein wissenschaftliches mehr. Denn auch in der angloamerikanischen Welt haben die »Humanities« die Geisteswissenschaften nicht gefährdet, sondern nur sinnvoll begrenzt. Dasselbe würde auch für alle anderen Disziplinen gelten: Die Wissenschaftler haben in der Lehre eben mehr zu bieten als nur Wissenschaft. ■

(Den gesamten Text können Sie unter www.faz.net nachlesen.)



DER AUTOR

Jürgen Kaube
ist Ressortleiter »Geisteswissenschaften« und zuständig für die Wissenschafts- und Bildungspolitik bei der Frankfurter Allgemeinen Zeitung
→ www.faz.net



13 Fragen an... *Elke Hannack*

1 Frau Hannack, Sie werden bald als CDU-Mitglied Vorstandssprecherin des Deutschen Gewerkschaftsbunds für Bildung...

...na, eigentlich als Gewerkschafterin. Das ist für mich in erster Linie wichtig.

2 Warum sind Sie 1980 in die CDU eingetreten?

Es war in meiner Familie üblich, sich politisch zu engagieren. Meine Mutter war in der CDU, mein Vater und mein Großvater waren überzeugte Sozialdemokraten. Ich sah mich mehr von der Mutter geprägt.

3 Sich mit 18 Jahren auf eine Organisation einzulassen: Wollen Sie die Begeisterung dafür wieder wecken?

Wir als Verdi haben das Problem im Moment nicht mehr in diesem Ausmaß! Es gelingt uns zunehmend besser, die Menschen mit unserer Kampfkraft zu begeistern – und mit den Inhalten.

4 Nun ja, die Menschen fliehen vor lauter Unsicherheit zu ihnen.

Ja, und mit ihnen setzen wir dann zum Beispiel Mindestlöhne durch.

5 Erst kürzlich standen die formell höchsten Bildungspolitiker quasi ohne Doktorhut da. Kann man das verlorene Vertrauen wieder aufbauen?

Wir Gewerkschaften haben da nichts gutzumachen. Wir stehen ohne Wenn und Aber für Chancengleichheit. Wir wollen die Spaltung der Gesellschaft durch Bildung überwinden.

6 Warum sollten die Menschen Ihnen vertrauen – Sie waren nie für Lernen und Bildung verantwortlich.

Weil ich die Dinge ehrlich anspreche. Und die Probleme offen auf den Tisch packe. Dafür stehe ich.

7 Worin besteht die Krise der Hochschulen?

Dass sie kein sozial ausgewogener Ort sind. So können wir das 21. Jahrhundert nicht meistern. Wir brauchen eine Hochschule, die auch für relativ ältere Menschen und Menschen mit Handicaps offen ist – sonst schließen wir die Lücke an Hochqualifizierten nie.

8 Hört sich gut an – aber wollen Sie überhaupt eine forschende Hochschule?

Darum geht es ja. Aber wir brauchen eine unabhängige Forschung und keine, die sich den Zwängen des Wettbewerbs unterwirft! Von 100 Kindern aus Akademikerhaushalten kommen 71 auf die Hochschule – aber nur 23 aus Arbeiterfamilien. Das ist ein Skandal.

9 Was kann man tun, damit die Hochschulen sich öffnen?

Viel. Das beginnt mit der Aufnahme von Nicht-Abiturienten, geht beim BAföG weiter und führt uns bis zu den Kitas, aus denen man die Kinder gerade mit dem Betreuungsgeld herauslockt. Besonders ärgerlich finde ich, dass wir noch nicht einmal unsere Studierenden richtig verteilen können. Das System, das an die Stelle der ZVS gesetzt wurde, ist doch für die Katz!

10 Was soll beim BAföG passieren?

Es müssen mehr Studierenden BAföG bekommen, und wir sollten den BAföG-Empfängern nicht zumuten, dass sie später Schulden haben. Das bedeutet: Es muss mehr Geld in den Bildungshaushalt.

11 Sie geringschätzen die vielen Milliarden, die etwa durch den Hochschulpakt und die Exzellenzinitiative in die Universitäten fließen.

Exzellenzuni werden uns nicht weiterhelfen. Das Geld wäre für die Öffnung der Hochschulen besser angelegt. Das ist deswegen so misslich, weil die Länder ihre Universitäten nicht mehr finanzieren können.

12 Und verbieten doch gleichzeitig dem Bund mitzureden.

Ich habe kein Verständnis dafür, dass die Bildungspolitik so zerfasert ist. Ich schätze den Föderalismus – in der Bildung wirkt er kontraproduktiv.

13 Könnten nicht Studiengebühren Geld für die Universitäten bringen?

Nein, und es gibt sie ja glücklicherweise bald nicht mehr.

Die 13 Fragen stellte Christian Füller, taz-Redakteur und Buchautor; er bloggt als Pisaversteher

Foto: Simone M. Neumann

ELKE HANNACK, geboren 1961, ist seit dem 1. Juni 2013 stellvertretende Vorsitzende beim Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) und dort für Bildungs-, Jugend- und Frauenpolitik sowie für den öffentlichen Dienst verantwortlich. Zuvor war sie unter anderem Mitglied im ver.di-Bundesvorstand (2007-2013).

AUS DEN STUDENTENWERKEN

Musterzimmer für Wohnheim

Es ist ihr bislang größter Auftrag: Menschen mit Behinderung aus den Trierer Caritas-Werkstätten schreinem Möbel für 72 Wohneinheiten des Wohnheims »enercase« des Studierendenwerks Trier. Ein Musterzimmer steht bereits mitsamt Möbeln, obwohl mit dem Bau des Wohnheims erst noch begonnen wird. »So wollten wir den Verwaltungsrat überzeugen, schon frühzeitig einen Vertrag zu unterschreiben, denn die Werkstätten brauchten so



viel Vorlauf, um den Auftrag zu bewältigen. Ein weiterer Vorteil: Beim Ausbau der Wohnungen kann es nicht mehr zu bösen Überraschungen kommen: Sie stehen ja im Maßstab 1:1«, so Andreas Wagner, der Geschäftsführer des Studierendenwerks. In den Werkstätten entsteht unter anderem ein mit verschiebbaren Regalen und Treppen-Sitzgelegenheit unterbautes Hochbett – mit Möbeln von der Stange nicht realisierbar. *bk*
→ www.enercase.de

PERSONALIA

Neu an der Spitze



Ted Thurner ist seit dem 1. Mai 2013 neuer Geschäftsführer des Studentenwerks Oldenburg. Nach einer Ausbildung zum Bankkaufmann studierte er Politikwissenschaften, Volkswirtschaftslehre und Sozialpsychologie in Freiburg und Hannover. Sein Studium hat er für zwei Jahre unterbrochen, um in hochschulpolitischen Ämtern zu arbeiten. 1997 wechselte Thurner ins Studentenwerk Oldenburg, zunächst als Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, ab 2002 als stellvertretender Geschäftsführer. In seiner neuen Funktion setzt er auf Kontinuität: »Unser Studentenwerk ist sehr gut aufgestellt, vor allem bei den Beratungsangeboten. Diese Qualität möchte ich weiter ausbauen.« *jaw*
→ ted.thurner@sw-ol.de



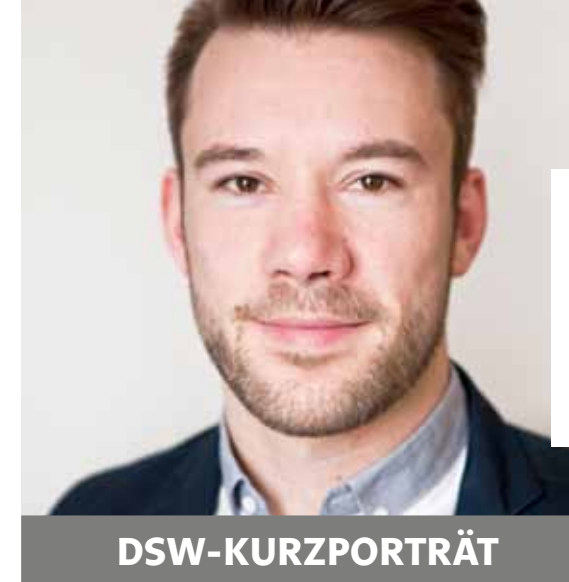
Neuer Geschäftsführer des Studentenwerks Stuttgart ist seit dem 1. Mai 2013 **Tobias M. Burchard**. Der Diplomingenieur und Master of Business Administration war zuvor stellvertretender Geschäftsführer sowie Leiter des Bereichs »Wohnen und Bauen« beim Studierendenwerk Hamburg. Seinen künftigen Aufgaben sieht Burchard mit Vorfreude entgegen: »Wir sind Hochschuldienstleister, und mit unseren 13 Hochschulen wünsche ich mir einen engen Austausch. Außerdem möchte ich die Bedürfnisse der Studierenden, also unserer Zielgruppe, noch besser kennenlernen.« *jaw*
→ t.burchard@studentenwerk-stuttgart.de

Ein QR-Code zum Dessert

pudding ist besser als Joghurt! Mit einer ungewöhnlichen Aktion hat das Studentenwerk Essen-Duisburg im März 2013 seine Facebook-Seite ins Gespräch gebracht: Eine Woche lang servierte es in den Hauptmensen in Essen und Duisburg das Dessert mit einem QR-Code. Der Pixel-Würfel in Form der bekannten »Like-Hand« wurde mit blauer Lebensmittelfarbe auf Esspapier gedruckt. Wer mit seiner Smartphone-App den Code scannte, kam direkt auf die Facebook-Seite des Studentenwerks. Mit etwas Glück konnte man auch ein Ticket für die Niederrhein-Therme in Duisburg gewinnen. Die Idee zu der Kampagne stammt von Marc Nikoleit, einem studentischen Mitarbeiter des Studentenwerks. Übrigens: Pudding eignet sich deshalb besonders gut, weil er wenig Feuchtigkeit enthält und das Esspapier nicht aufweicht. *jaw*
→ www.studentenwerk.essen-duisburg.de



Fotos: Jobst Wettke/Caritas, Studentenwerke Essen-Duisburg, Oldenburg und Stuttgart



DSW-KURZPORTRÄT

»Hinfallen ist keine Schande, Liegenbleiben schon«

Der leise Kommunikator

Florian Michael Kaiser, 29, Magister Artium in Japanologie

Was wird aus einem klugen, eher introvertierten jungen Mann, der Japanologie, Pädagogik und Linguistik an der Goethe-Universität Frankfurt am Main studiert und darüber forscht, wie in Japan die Wirkung von Videospiele gesellschaftlich debattiert wird? Er landet, zum Beispiel, über Umwege beim Deutschen Studentenwerk. Florian Kaiser ist es so ergangen. Noch während seiner Studienzeit entwarf er in einem Workshop mit anderen Studierenden ein Kommunikationskonzept zum Thema Studentenwerke. Der Werbeagentur, die bei dem Workshop dabei war, fiel der Japanologie-Student ebenso auf wie dem DSW, das ihm ein Praktikum im Referat Presse, Kultur, Verbandskommunikation anbot. Inzwischen unterstützt Florian Kaiser, der in seiner Freizeit die Wettkampfsportarten Judo und Brazilian Jiu-Jitsu betreibt, die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des DSW, unter anderem als Social Media Manager und beim verband internen Online-Newsletter – und natürlich, wenn das DSW mit Japan kommuniziert. *sg*
→ florian.kaiser@studentenwerke.de

MEDIEN

Nachgelesen

Vordenker aus Wirtschaft und Wissenschaft

Interviews mit 23 »Vordenkern und Protagonisten aus Wirtschaft und Wissenschaft«, aufgenommen für das Web-TV des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft, nun in Buchform gepresst – eine sinnvolle Zweitverwertung? Ja, weil die ruhigen, langen, vorlesungsähnlichen TV-Interviews mehr zum Zuhören denn zum Zusehen geeignet sind und weil sie in der Buchform erst ihr Medium gefunden haben. Es sind viele der üblichen Verdächtigen dabei, die man zu Themen wie Finanzkrise, Ökonomie neu denken und Zivilgesellschaft erwartet – aber das liest sich alles frisch und spannend, weil sich im Buch nun ein echter Dialog entfaltet. Es ist eine Kunst, klugen Menschen kluge Fragen zu stellen, und diese Kunst beherrscht der Autor Timur Diehn. Man lese das Buch und spare sich das Web-TV. *sg*
Timur Diehn: Die kommenden Tage. Risiken und Chancen der Wissensgesellschaft → http://stifterverband.info/publikationen_und_podcasts/webtv/die_kommenden_tage/index.html

Foto: Anke Vera Zink

Gesurft

Durchblick im Familienfreundlichkeits-Dschungel

Familienfreundlichkeit an Hochschulen zu entwickeln und dabei das Rad nicht ständig neu erfinden zu wollen, ist das eine – Vorreiter und relevante Literatur zu kennen und zu finden das andere. An welchen Hochschulen gibt es flexible Kinderbetreuungsangebote oder familienfreundliche Prüfungsmodelle? Wie können solche Maßnahmen umgesetzt werden? Was sagen Statistik und Wissenschaft zum Thema Studieren mit Kind? Für diese bisher aufwendige Aufgabe gibt es nun zwei nutzerfreundliche Datenbanken mit einem komfortablen Zugang zu vielfältigen, zum Teil nicht anders erreichbaren Materialien und Inhalten – eine für Literatur und eine für Praxisbeispiele mit familienfreundlichen Maßnahmen an Hochschulen. Im unübersichtlichen Familienfreundlichkeits-Dschungel eine große Bereicherung. Doch die Datenbanken leben von ständiger Aktualisierung: Hochschulen und Studentenwerke sind gefragt, aktiv mitzuwirken! *as*
→ www.familienfreundliche-hochschule.org/datenbanken



IMPRESSUM

DSW-Journal
Magazin des Deutschen Studentenwerks (DSW)
Ausgabe 2/2013
Das DSW-Journal erscheint viermal im Jahr.
Herausgeber: Deutsches Studentenwerk e.V.
Monbijouplatz 11
10178 Berlin
Verantwortlich: Achim Meyer auf der Heyde (amadh),
Generalsekretär
Chefredaktion: Marijke Lass (ml)
marijke.lass@studentenwerke.de
Bettina Kracht (bk)
bettina.kracht@studentenwerke.de

Redaktion: Stefan Grob (sg), Sabine Jawurek (jaw), Astrid Schäfer (as),
Christiane Schindler (cs), Ulrike Zillmer (zi)

An dieser Ausgabe haben außerdem mitgewirkt:
Christian Füller, Armin Himmelmuth, Katja Irle, Jürgen Kaube,
Jochen Paul, Frank van Bebber

Fotos: BDA, CDU/CSU, Christianthiel.net, DAAD, Die Linke, F.A.Z. Oliver Hartung, Dominik Herrmann, Kay Herschelmann, Arnd Hoffmann, Stefan Kaminski, Sandra Kühnappel, Landeshauptstadt Hannover/Nico Herzog, Jan Lorenz, Lena Lux, mp-a, Simone M. Neumann, Christoph Petras, Frank Preuß/UDE, Frauke Schuhmann/UDE, Stadtarchiv Schwäbisch Hall, Studentenwerke Darmstadt, Essen-Duisburg, Freiburg, München, Oldenburg, Ostniedersachsen, Stuttgart; umgebungsfarbe.de, Jens Weber/München, Jobst Wettke/Caritas, Zeppelin Universität, Yohan Zerdoun, Ulrike Zillmer, Anke Vera Zink

Grafik: Kerstin Schröder
Produktion: Dominik Herrmann
Illustration: Jan Rieckhoff
Druck: Henrich Druck + Medien GmbH
www.henrich.de
Beratung: Helmut Ortner
www.ortner-concept.de

Anzeigen: dswjournal-anzeigen@studentenwerke.de
Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 1. Januar 2013

Redaktionsanschrift: Deutsches Studentenwerk e.V.
Redaktion DSW-Journal
Monbijouplatz 11
10178 Berlin
Tel.: +49(0)30-29 77 27-43
Fax: +49(0)30-29 77 27-99
E-Mail: dswjournal@studentenwerke.de
www.studentenwerke.de

Nachdruck und Wiedergabe von Beiträgen aus dem DSW-Journal sind nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion erlaubt.



Dieter Timmermann,
Präsident des Deutschen
Studentenwerks

Der DSW-Präsident hat das Schlusswort

Die Grenzen der Differenzierung

Deutschlands Hochschulen haben weltweit einen guten, in einigen Disziplinen sogar einen sehr guten Ruf. Natürlich gibt es einige Universitäten und Institute, die weltweit strahlen. Aber im Gegensatz etwa zu den Vereinigten Staaten, wo es ausschließlich eine Handvoll Institute von Weltrang gibt, ist das deutsche Hochschulsystem auch in seiner ganzen Breite stark. Das gilt für die deutschen Fachhochschulen, das gilt für die Volluniversitäten sowie für die kleineren Universitäten und für die Musik- und Kunsthochschulen sowieso. Damit hat Deutschland einen klaren Wettbewerbsvorteil im globalen Wettstreit der Bildungsregionen.

Vor diesem Hintergrund gewinnt die Debatte um die zunehmende Gründung von Hochschulclubs, in denen sich Hochschulen zu »gemeinsamen Interessenvertretungen« zusammenschließen, eine neue Dimension. TU9, U15, UAS7, Exzellente Universitäten und andere – wie weit soll der Prozess der Hochschuldifferenzierung noch gehen? Zerfallen die Hochschulen in Deutschland im Kampf um ausreichende Grundfinanzierung bald in Clubs und Zirkel?

Ich frage mich, ob das nicht die Hochschulen gegenüber der Politik eher schwächt, als dass es sie voranbringt? Und mir drängt sich noch eine ganz andere Frage auf: Was bedeutet es eigentlich für die internationale Wettbewerbsfähigkeit unseres Hochschulsystems, wenn sich die deutschen Hochschulen noch weiter zersplittern und zerfasern?

Ich sehe klare Grenzen für die Differenzierung der Hochschulen dort, wo ihr gesellschaftlicher Bildungsauftrag gefährdet wird. Möglichst viele

Studieninteressierte aufzunehmen, die Vergleichbarkeit des Studiums und der Abschlüsse zu garantieren, viel mehr soziale Durchlässigkeit als bisher zu ermöglichen, den Hochschulzugang zu erweitern, gerade auch für neue Studierenden-Gruppen wie beruflich qualifizierte, Forschung sowohl in der Breite wie in der Spitze zu betreiben – das ist das Prioritäre für Deutschlands Hochschulsystem, heute und erst recht in den kommenden Jahren.

Mit einer weiteren Profilbildung der Hochschulen ist dieser Auftrag vereinbar, mit einer durch wenige definierten und forcierten Differenzierung nicht. Seien die Motive auch ehrenwert, denke ich, gefährdet es das deutsche Hochschulsystem von innen – und beeinträchtigt, angesichts des daraus gewachsenen Streits, dessen Ansehen nach außen. Differenzierung um jeden Preis schadet dem Hochschul- und Wissenschaftsstandort Deutschland mehr, als es ihm nützen würde und gefährdet den gesellschaftlichen Auftrag der Hochschulen.

D. Timmermann

Antworten Sie oder diskutieren Sie mit Dieter Timmermann:
dieter.timmermann@studentenwerke.de

Studieren mit Kind? Ja!

Die Studentenwerke machen es möglich, mit mehr als 8000 Plätzen in 234 Kitas – und Menschen, die für die Kinder und ihre studentischen Eltern da sind.



Foto: Kay Herschelmann; Anzeige: Arnd Hoffmann (4x), Hintergrundbild: Kay Herschelmann



HELDISCH.COM

Wir müssen reden.



dialog.wwf.de

Wir müssen reden: Darüber, dass wir uns seit 50 Jahren für die Natur einsetzen. Dass wir eine der größten und erfahrensten Naturschutzorganisationen der Welt sind. Dass wir in über 40 Ländern aktiv sind. Dass wir rund um den Globus 1.300 Projekte zur Bewahrung der biologischen Vielfalt durchführen. Auf dialog.wwf.de stehen wir Euch Rede und Antwort. Stellt uns Eure Fragen zu allen Themen! Unsere Kollegen aus den verschiedenen Fachbereichen beantworten sie! Wir müssen reden: dialog.wwf.de

**UNTERSTÜTZE
UNSERE ARBEIT**
SENDE PER SMS* AN DIE NUMMER
WWF 81190



*Eine SMS kostet 5 Euro, davon gehen 4,83 Euro direkt an den WWF. Kein Abo; zzgl. Kosten für eine SMS.